



Die Legitimitätswahrnehmung in der EU und der Einfluss von EU-spezifischem politischen Wissen

Norma Osterberg-Kaufmann

Online publiziert: 14. Februar 2019

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Zusammenfassung Der vorliegende Beitrag befasst sich mit dem Einfluss von EU-spezifischem politischen Wissen auf die Legitimitätswahrnehmung der Europäischen Union (EU). Die Literatur zur Einstellungsforschung lässt sowohl einen positiven als auch einen negativen Einfluss erwarten. Mit Hilfe eines quasi-experimentellen Designs mit Repertory Grid liefert dieser Beitrag Hinweise für einen negativen Zusammenhang von EU-spezifischem politischen Wissen. Mit zunehmendem EU-spezifischem politischen Wissen nahm die Legitimitätswahrnehmung ab. Gleichzeitig gewannen aber demokratische Normen und Werte in der Wahrnehmung der Befragten an Bedeutung, so dass sich für die Befragtengruppe das Phänomen der *critical citizens* zeigt, in deren Augen individueller normativer Standard und Wirklichkeit auseinandergehen.

Schlüsselwörter Einstellungsforschung · Legitimität · Europäische Union · Politisches Wissen · Methoden · Repertory Grid

The perception of legitimacy in the EU and the influence of EU-specific political knowledge

Abstract This article addresses the impact of EU-specific political knowledge on the perceptions of legitimacy towards the European Union (EU). Following the literature on attitude research, one can expect a positive as well as a negative impact. By implementing a quasi-experimental design with a repertory grid, the article con-

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s12286-019-00411-x>) enthalten.

N. Osterberg-Kaufmann (✉)

Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Deutschland

E-Mail: norma.osterberg-kaufmann@hu-berlin.de

firmes the negative impact of EU-specific political knowledge on perceptions of the EU's legitimacy. As EU-specific political knowledge increased, the perception of legitimacy decreased. At the same time, democratic norms and values became more important in the respondents' views. The results are in line with the phenomenon of *critical citizens*, whereby respondents' individual normative standards diverge from the reality.

Keywords Attitude Research · Legitimacy · European Union · Political Knowledge · Methods · Repertory Grid

1 Einleitung

Die „krisenhaft wahrgenommenen Transformationsprozesse, (...) denen die Demokratien des Westens unterworfen sind“ (Buchstein 1996, S. 297), heute noch mehr denn je (Ercan und Gagnon 2014; Merkel 2014), lenken den Fokus auf einen erhöhten Legitimationsbedarf der Demokratie und die Frage nach den Voraussetzungen von Demokratie. In Europa erhält die Diskussion um Legitimität politischer Systeme auf EU-Ebene zum einen durch die anhaltenden Vorwürfe des Demokratiedefizits der EU (Majone 1998; Schäfer 2006) zusätzliche Brisanz. Zum anderen birgt das europäische Mehrebenensystem in der Frage nach Legitimität Besonderheiten, da die Herrschaftsbeziehungen zweistufig zwischen Union, Mitgliedsstaaten und Bürgern über den Umweg über die Mitgliedsstaaten verlaufen (Scharpf 2009). Diese Komplexität birgt zudem die Gefahr nicht zutreffender Verantwortungszuschreibungen für nationale Probleme und nachfolgend Legitimitätsprobleme.

Neben institutionellen Arrangements und Bürgerrechten verweisen normative Demokratietheorien immer wieder auf bestimmte Qualifikationen bzw. Kompetenzen der Bürger, deren eine funktionierende Demokratie bedarf. Buchstein (1996, S. 302) fasst diese als kognitive und prozedurale Kompetenzen zur Herausbildung (strategischer) politischer Präferenzen auf der Wissensdimension und habitueller Dispositionen, innerhalb des Diskurses über Bürgertugenden, zusammen. Während letztere im Kontext der politischen Einstellungs- und Partizipationsforschung tiefgehend untersucht wurden und werden, gibt es weit weniger Arbeiten, die sich mit dem politischen Wissen der Bürger an sich beschäftigen (Oberle 2012), obwohl dem politischen Wissen im Kontext der kognitiven und prozeduralen Kompetenzen eine so bedeutende Rolle zukommt.

Die Mehrheit der Untersuchungen, die sich bisher den Konsequenzen von mehr oder weniger politischem Wissen auf Einstellungen und Verhalten gewidmet haben (Delli Carpini und Keeter 1996; Sinnott 2000; Galston 2001; Gilens 2001; Karp und Bowler 2003; Westle 2009; Westle und Johann 2010), zielt vor allem auf den Einfluss von politischem Wissen auf Partizipation oder Wahlverhalten, also den beobachtbaren Teil der habituellen Dispositionen.¹ Weitgehend nicht erforscht ist der

¹ Ebenso gibt es eine breite Diskussion darüber, wie die Legitimität der EU in der Wahrnehmung ihrer Bürger zu stärken sei (Scharpf 1999; Fuchs 2000; Grimm 2004; Kraus 2004; Chardon 2008; Schmidt 2013; Kriesi 2013; Schneider und Hurrelmann 2015; Ferrín und Kriesi 2016; Ham et al. 2017).

Zusammenhang von politischem Wissen und Legitimität, also den Einstellungen gegenüber dem politischen System, die neben anderen Faktoren zu mehr oder weniger Partizipation und zu bestimmtem Wahlverhalten führen. Legitimität soll in dem nachfolgenden Beitrag als die Übereinstimmung der normativen Standards der Bürgerinnen und Bürger mit der wahrgenommenen Herrschaftsordnung (Easton 1965), bzw. als Übereinstimmung von *views* „as normative yardsticks“ und *evaluations* (Ferrín und Kriesi 2016, S. 10) verstanden werden.² Unter Wissen soll nach Oberle (2012) die Kenntnis der Fakten des politischen Systems verstanden werden.

Aus der Literatur zum Einfluss von politischem Wissen auf politische Einstellungen lassen sich sowohl ein positiver als auch ein negativer Einfluss ableiten (Sinnott 2000; Karp und Bowler 2003; Oberle und Forstmann 2015). Vor dem Hintergrund dieser Literatur sollen im Ergebnis des nachfolgenden Beitrags Hypothesen zum Einfluss EU-spezifischen politischen Wissens auf die Legitimitätswahrnehmung der EU formuliert werden. Der geplante Beitrag möchte dieses Forschungsfeld explorativ weiterentwickeln, in dem erstens mittels der vorliegenden Vorstudie Hypothesen formuliert werden, um zukünftigen Forschungsbedarf aufzuzeigen. Mittels Repertory Grid soll zweitens in diesem Beitrag nicht nur ein Methodenvorschlag zur Erhebung von Legitimitätswahrnehmung im Allgemeinen gemacht werden, sondern ein quasi-experimentelles Design zur Erhebung des Einflusses von EU-spezifischem Wissen auf Einstellungen im Besonderen vorgeschlagen werden. In dieser Schwerpunktsetzung sollen weniger methodische Herausforderungen der empirischen Legitimitätsforschung (Osterberg-Kaufmann 2014 und i.E. voraussichtlich 2019) im Zentrum stehen, sondern die Frage nach dem Zusammenhang von EU-spezifischem politischem Wissen und der Legitimitätswahrnehmung der Europäischen Union.

Aus diesen Zielsetzungen leitet sich nachfolgende Struktur des Beitrages ab. Der Einleitung folgt die Aufarbeitung des Forschungsstands zur Relevanz politischen Wissens und des Zusammenhangs von politischem Wissen und Einstellungen. Nachfolgend sollen methodische Herausforderungen des Forschungsstands diskutiert werden und in einem quasi-experimentellen Design mit Repertory Grid Hinweise auf mögliche Einflüsse EU-spezifischen Wissens auf die Legitimitätswahrnehmung der EU gesammelt werden.

2 Forschungsstand

2.1 Politisches Wissen in den normativen Demokratietheorien

Unterschiedliche Regimetypen haben unterschiedliche Anforderungen an ihre Bürgerinnen und Bürger (Galston 2001). Die idealtypische Demokratie zeichnet sich laut Dahl (1971) durch fünf Merkmale aus: wirksame Partizipation, gleiches Wahlrecht, ein aufgeklärtes Verständnis, finale Kontrolle der Agenda und Inklusion aller Erwachsenen, und verweist damit explizit auf die Notwendigkeit politischen Wissens für die Funktionsfähigkeit der Demokratie – auch wenn Dahl (1971) diesen Merk-

² Aus diesem Legitimitätsverständnis im Weberschen Sinne (1992) leitet sich für diesen Beitrag auch eine synonyme Verwendung der Begriffe Legitimität und Legitimitätswahrnehmung ab.

malen mit der Polyarchie³ eine real existierende Demokratie gegenüberstellt. Schon Jefferson (nach McDonald 2012) hat neben dem Recht auf Eigentum das Recht auf Wissen als eine Voraussetzung formuliert, um die politischen Rechte einer Demokratie und damit auch die Pflichten in einer Demokratie wahrnehmen zu können. Rational Choice Theorien à la Schumpeter (1987) setzen die Fähigkeit zu strategischen Wahlentscheidungen voraus, was wiederum Wissen über politische Strukturen, Prozesse und Akteure voraussetzt. Auch jüngst diskutierte deliberative Ansätze setzen implizit mit der Anforderung der Präferenzbildung politisches Wissen voraus, indem dieser Fähigkeit zur Präferenzbildung die Anforderungen der Informiertheit und der Idee logischer und konsistenter Präferenzlisten (Buchstein 1996, S. 315) zu Grunde liegen. Zusammengefasst lässt sich mit Oberle (2012, S. 19) konstatieren, dass die Demokratie der Partizipation ihrer Bürger und Bürgerinnen bedarf, was zumindest einen Grundstock an Rationalität in der Vertretung eigener Interessen und Werte voraussetzt, was wiederum nicht ohne politisches Wissen möglich ist.

2.2 Politisches Wissen und Einstellungen

In der angelsächsischen Literatur existieren unterschiedliche Definitionen von und Bezeichnungen für politisches Wissen, denen wiederum die unterschiedlichsten Operationalisierungen nachfolgen (Rapeli 2014, S. 1 ff; Barabas et al. 2017). Während es im angelsächsischen Raum hierzu zahlreiche wissenschaftliche Kontroversen gibt (exemplarisch Delli Carpini und Keeter 1996; Sinnot 2000; Galston 2001; Gilens 2001; Karp und Bowler 2003; Karp 2006; Hobolt 2007; Green et al. 2011; Luskin und Bullock 2011; Rapeli 2014; Barabas et al. 2017; Pannico 2017), ist die deutschsprachige Auseinandersetzung mit politischem Wissen recht übersichtlich (Maier 2000; Westle 2005, 2009; Westle und Johann 2010; Vollmar 2012; Oberle 2012; Maier und Bathelt 2013). Unter politischem Wissen wird in der deutschsprachigen Literatur meistens (Maier 2000; Vollmar 2012) nach Delli Carpini und Keeter (1996, S. 10) „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory“ verstanden oder allgemeiner formuliert die Kenntnis der Fakten des politischen Systems (Oberle 2012, S. 49). Diese Art von politischem Wissen, Wissen also, über das ein Individuum tatsächlich verfügt, wird auch als objektives politisches Wissen bezeichnet. Die Art von Wissen hingegen, über die ein Individuum glaubt zu verfügen, im Sinne von Perzeption der Wirklichkeit, bezeichnet die Literatur als subjektives politisches Wissen (Maier 2000).

Die Operationalisierung dieser unterschiedlichen Wissensarten erfolgt in der Literatur sehr unterschiedlich. In einer Studie zum Wissen der Europäer über die EU greifen Westle und Johann (2010) auf wissensbasierte Items des Eurobarometer zurück, wo beispielsweise die Anzahl der Mitgliedsländer abgefragt wird, die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament oder die Rotation des Kommissionspräsidenten, aber auch Fragen zum EU-Haushalt oder zur EU-Verfassung. Ebenso greifen Maier und Bathelt (2013) auf Eurobarometerdaten zurück, um der Verteilung von

³ Polyarchie: Wahl und Abwahl von Amtsinhabern, Aktives und Passives Wahlrecht, regelmäßige faire und freie Wahlen, Rede- und Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Organisations- und Koalitionsfreiheit, inklusive Bürgerrechte.

europapolitischen Kenntnissen nachzugehen. Diese Beispiele sollen exemplarisch für eine Vielzahl an Arbeiten zum politischen Wissen stehen, in denen zumeist lediglich einer oder sehr wenige Indikatoren heran gezogen werden (Maier 2000; Karp 2006; Huber et al. 2009) oder aber einer Vielzahl von Operationalisierungen, die jedoch kaum reflektiert oder diskutiert werden, sondern es scheint, als würden Forscher vor allem die Daten verwenden, die verfügbar sind (Zaller 1992; Vollmar 2012). Gemessen wird politisches Wissen dann schließlich, indem einerseits die korrekten Antworten zusammengezählt und als politisches Wissen erfasst werden und die falschen Antworten andererseits zusammengezählt und als Nicht-Wissen erfasst werden. Einige Studien (Westle 2005, 2015; Westle und Johann 2010) berechnen zudem noch das Netto-Wissen, welches sich aus den korrekten abzüglich der falschen Antworten zusammensetzt.⁴

Die empirischen Befunde zum politischen Wissen, beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland (Maier 2000) oder den USA (Delli Carpini und Keeter 1996), stehen in einem scharfen Kontrast zu dem Bild des gut informierten, mündigen Bürgers, das in westlichen Demokratievorstellungen dominiert. Insbesondere die partizipatorischen normativen Demokratietheorien gehen davon aus, dass Demokratien nur lebensfähig sind, wenn sie von den Bürgern und Bürgerinnen selbst auch verstanden werden (Sartori 1997). Jedoch scheinen die westlichen Demokratiene nicht in der Lage zu sein, solche Bürger und Bürgerinnen auch hervorzubringen. Ebenso fehlt es bei dem Großteil der Wähler und Wählerinnen an Interesse an der Politik (Maier 2000).

Während der Zusammenhang von politischem Wissen und Legitimität kaum Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung ist, setzen sich Forscher und Forscherinnen im Kontext der politischen Kulturforschung mit dem Einfluss von politischem Wissen auf politische Einstellungen, Partizipation und Wahlentscheidungen auseinander. So belegen empirische Studien, dass die Abwesenheit von politischem Interesse zum Beispiel die Bereitschaft, an Wahlen zu partizipieren, reduziert (Lazarsfeld und Henry 1968, S. 45). Ebenso führt wenig politisches Wissen zu Wahlenthaltungen (Westle 2005; Delli Carpini und Keeter 1996). Darüber hinaus ist politisches Wissen eine Voraussetzung dafür, dass Menschen überhaupt öffentliche politische

⁴ In der angloamerikanischen Forschung zu politischem Wissen finden in den letzten Jahren zunehmend innovative methodische Ansätze Berücksichtigung, angefangen von Ansätzen, die „weiß nicht“-Antworten standardisierter Umfragen als verstecktes Wissen berücksichtigen (Luskin und Bullock 2011), über (Gender)-Effekte unterschiedlicher Fragetypen (Barabas et al. 2017) bis hin zu experimentellen Designs (Green et al. 2011). Green et al. (2011) untersuchten in einem experimentellen Design Studierendengruppen, von denen eine Gruppe ein spezielles Curriculum zur amerikanischen Bill of Rights absolvierte, während die andere Gruppe dieses Material nicht verwendete. Beide Gruppen wurden vorher und nachher befragt, um die Effekte des spezifischen Wissens zu den Bill of Rights auf der Einstellungsebene, insbesondere die Unterstützung für bürgerliche Freiheitsrechte, zu messen. Sowohl das generelle politische Wissen, das spezifische politische Wissen zu den Bill of Rights und zu bürgerlichen Freiheitsrechten, als auch die Unterstützung bürgerlicher Freiheitsrechte wurden zu beiden Zeitpunkten mittels standardisierter Umfragen erhoben. In ähnlicher Logik ist das quasi-experimentelle Design der hier vorliegenden Studie angelegt, allerdings mit der Einschränkung, dass die unabhängige Variable politisches Wissen nicht explizit gemessen wird, sondern eine Varianz zwischen beiden Untersuchungszeiträumen vorausgesetzt wird. Erhoben wurde lediglich die abhängige Variable Legitimitätswahrnehmung. Inwiefern Repertory Grid über seine spezifische methodische Logik in besonderem Maße geeignet sein könnte politisches Wissen als abhängige Variable zu erheben, soll zum Ende des vorliegenden Beitrags diskutiert werden.

Debatten verfolgen können und überhaupt eine politische Meinung haben. Ist politisches Wissen vorhanden, führt es zu mehr Toleranz und Unterstützung für demokratische Werte insgesamt, zu mehr Vertrauen in das politische System, zu größerer Stabilität politischer Einstellungen und ideologischer Konsistenz sowie zu einer größeren Bedeutung politisch relevanter Kriterien für die Wahlentscheidung statt der Bedeutung der Persönlichkeitsmerkmale der Kandidaten. Die erfolgte Stimmabgabe entspricht darüber hinaus im stärkeren Ausmaße den eigenen Wertvorstellungen, über je mehr politisches Wissen der Wähler verfügt (Galston 2001, S. 223 ff.; Oberle 2012, S. 20 ff.).

2.3 Politisches Wissen und Legitimität

Bezüglich des Einflusses von EU-spezifischem politischen Wissen auf EU-Einstellungen wird von einigen Autoren bzw. Autorinnen (Sinnott 2000; Oberle und Forstmann 2015) von einer positiven Wirkung ausgegangen und davon, dass dagegen ein „subjektiv empfundener Mangel an EU-Verständnis Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozess befördert“ (Oberle und Forstmann 2015, S. 69). Die steigende Neigung zur Wahlenthaltung bei defizitärem politischem Wissen hat sich auch auf EU-Ebene zeigen lassen können (Wagner 2003, S. 327 ff.). Gehen Wählerinnen und Wähler mit defizitärem politischem Wissen dennoch zur Wahl, neigen sie dazu, ihren Wahlentscheidungen Heuristiken⁵ und *shortcuts*, zum Beispiel analog den Positionen nationaler Eliten⁶, zu Grunde zu legen, wie Hobolt (2007) für die Referenden zur Verfassung der Europäischen Union hat zeigen können. Insbesondere aus der Logik von Urteilen oder Entscheidungen auf der Basis von Heuristiken lässt sich für den Zusammenhang von politischem Wissen und Einstellungen oder auch Legitimitätswahrnehmung die Annahme formulieren, dass Bürger verstärkt auf vertraute Kriterien für ihre Urteilsbildung zurückgreifen, je weniger Wissen sie über den jeweiligen Gegenstand (hier die EU) zur Verfügung haben. Solche vertrauten Kriterien können beispielsweise die nationalen Institutionen sein, mit denen die europäischen Institutionen verglichen werden, um zu einem Urteil über deren Legitimität zu gelangen.

Nach der Demokratiedefizit-These kann aber im Gegenteil auch erwartet werden, dass die Zufriedenheitswerte und damit möglicherweise auch Legitimitätszuschreibungen unter den besser informierten Bürgern eher abnehmen (Pickel und Pickel 2006, S. 92 ff.). So zeigen politisch informierte Bürger möglicherweise größere Bedenken gegenüber Fragen der *accountability* und *responsiveness*, wie von EU-

⁵ Der Begriff der (nationalen) Heuristiken leitet sich aus der Forschung zu „cues“ oder „shortcuts“ ab (Bücker und Kleiner 2014), und meint kognitive Heuristiken, die die Herausbildung einer Präferenz ohne vollständige Informiertheit erlauben (Oberle 2012, S. 22). Im vorliegenden Fall geht es also um die Frage, inwiefern Bürger und Bürgerinnen ihre Einstellung und Meinung zur EU aus sogenannten „Hinweisen“ oder „cues“ aus ihrem nationalen Kontext ableiten (Bücker und Kleiner 2014, S. 11).

⁶ Pannico (2017) hat diesen Effekt am Verhältnis *shortcuts* bei der Positionierung zur Europäischen Integration auf der Basis von Parteien und deren Verortung mit dem Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die EU getestet und vor allem mit steigender Komplexität des Gegenstandes nachweisen können.

Kritikern öfter erhoben wird (Karp und Bowler 2003).⁷ Inwieweit Wissen tatsächlich auf die Einstellung zur EU wirkt, ist bisher empirisch unzureichend erforscht (Oberle 2012) und soll nachfolgend auf explorative Weise mittels einer quasi-experimentellen Studie mit Repertory Grid erfolgen.

3 Quasi-experimentelle Designs mit Repertory Grid

3.1 Forschungsdesign

Ziel experimenteller Designs ist es, orientiert an einer gerichteten Hypothese, zu testen, ob sich eine unabhängige Variable X kausal auf die abhängige Variable Y auswirkt. Unter Kontrolle von Störfaktoren wird die unabhängige Variable, von der ein Einfluss erwartet wird, manipuliert (Stimulus oder *Treatment*), und anschließend beobachtet, ob bei der Abhängigen Variable eine Veränderung eintritt. Die Kontrolle von Störfaktoren stellt in den Sozialwissenschaften eine weitaus größere Herausforderung dar als bei Experimenten unter Laborbedingungen in den Naturwissenschaften. Die Sozialwissenschaften behelfen sich durch die Einteilung der Probanden in eine Test- bzw. Experimentalgruppe und in eine Kontrollgruppe (s. Tab. 1). Während die Experimentalgruppe ein *Treatment X* erhält, erhält die Kontrollgruppe dieses *Treatment* nicht. Hierin sollte im Idealfall die einzige Unterscheidung zwischen beiden Gruppen liegen, damit die Störfaktoren, die in der Zeit vor dem *Treatment* t_1 und der Zeit nach dem *Treatment* t_3 auf beide Gruppen wirken, möglichst konstant sind (Jäckle 2015).

Die Verteilung der Probanden auf die Experimentalgruppe und die Kontrollgruppe erfolgt entsprechend der Ausprägung angenommener Störfaktoren, die auf beide Gruppen randomisiert verteilt werden (*matching*). Genau diese randomisierte Verteilung ist bei Quasi-Experimenten nicht möglich, da die Zuteilung zur Kontroll- oder Experimentalgruppe zum Beispiel durch die Untersuchungseinheit selbst erfolgt, vom Experimentator festgelegt ist oder durch natürliche Einteilung zum Beispiel in Schulklassen oder Seminargruppen erfolgt (Shadish et al. 2001). Die interne Validität quasi-experimenteller Designs ist vor diesem Kontext begrenzt, da Veränderungen in der Abhängigen Variable nicht eindeutig auf Veränderungen in der Unabhängigen Variable zurückgeführt werden können. Ob die Veränderungen in der Abhängigen Variable auf das *Treatment* oder auf systematisch unterschiedliche Drittvariablen wie Intelligenz, Vorwissen oder spezifische Erfahrungen zurückzuführen ist, kann

Tab. 1 Experimentelle Designs in den Sozialwissenschaften

Zeitpunkt	t_1	t_2	t_3
Experimentalgruppe	O	X	O
Kontrollgruppe	O	–	O

X Treatment/Stimulus, O Observation/Beobachtung

Quelle: Jäckle (2015, S. 18)

⁷ Beispielsweise wissend, dass das Europäische Parlament, obwohl direkt gewählt, weniger Kontrolle über die Politik (Policy) hat, als die nationalen Parlamente.

nicht mit Gewissheit gesagt werden (Jäckle 2015). Die Kontrollgruppe dient also lediglich der Kontrolle von Zeiteinflüssen und nicht dem Beweis der Wirksamkeit des *Treatments*.

In der vorliegenden Studie wurden Studierende von Lehrveranstaltungen mit EU-spezifischen Inhalten zu zwei Zeitpunkten, einmal zu Beginn des Semesters (t_1) und einmal zum Ende des Semesters (t_3) mittels Repertory Grid befragt. Dieser *EU-Gruppe* (Studierende von Lehrveranstaltungen mit EU-spezifischen Inhalten) wurde eine *Kontrollgruppe* gegenüber gestellt, die eine Einführungsveranstaltung besuchte, in der keinerlei EU-Themen diskutiert wurden.⁸ Beide Gruppen waren Studierende des *Major Politikwissenschaft* der *Leuphana Universität Lüneburg*.⁹ Die Gruppen unterschieden sich lediglich in ihren Fachsemestern.¹⁰ Demzufolge liegt mit dieser Anordnung ein quasi-experimentelles Design vor, da die Zuordnung zur Experimentalgruppe (EU-spezifisch) und zur Kontrollgruppe nicht randomisiert erfolgen konnte, sondern nach Lehrinhalt der jeweiligen Veranstaltung, ähnlich wie bei Green et al. (2011). Die Befragungen fanden im Oktober 2014 und im Januar 2015 statt.¹¹ Mit diesem quasi-experimentellen Zeitreihendesign wird das politische

⁸ Die Inhalte der jeweiligen Lehrveranstaltungen (*EU-Gruppe*: Europäisierung deutscher Innenpolitik? Institutionen, Prozesse und Politikfelder im Vergleich sowie Verfassungspolitik im Mehrebenensystem, *Kontrollgruppe*: Einführung in die Politikwissenschaft) sind dem Anhang in Form der Seminarpläne zu entnehmen. Auf Grund der speziellen Studienstruktur (siehe Studienverlaufsplan im Anhang) der *Leuphana Universität Lüneburg* ist die Einführungsveranstaltung der *Kontrollgruppe* in das sogenannte Leuphana-Semester eingebettet, in dem der Fokus auf fächerübergreifenden Veranstaltungen aller Studienanfänger_innen liegt und einzig die jeweiligen Einführungsveranstaltungen der Fächer fachspezifische Inhalte vermitteln. Auf Grund der Größe des Studiengangs Major Politikwissenschaft ist auszuschließen, dass die Mitglieder der *Kontrollgruppe* an anderen Lehrveranstaltungen mit politikwissenschaftlichem Inhalt teilgenommen haben. Sollte dennoch eine Auseinandersetzung mit der EU innerhalb der Gruppe stattgefunden haben, war dies nicht auf eine systematische Wissensvermittlung zurückzuführen, sondern fand auf individueller Ebene statt.

⁹ $N = 19$, davon 11 in der *EU-Gruppe* und 8 in der *Kontrollgruppe* im Alter von 18 bis 24 Jahren. Der Datensatz umfasst 412 Fälle mit je zwei Polen. 824 Konstrukte wurden insgesamt von den Befragten entwickelt. Diese Konstrukte entstanden in jeweils durchschnittlich fünf Interviewsequenzen mit je zufälligen Dreierkombinationen der Elemente. Aufgrund der studentischen Befragengruppe können die vorliegenden Ergebnisse nicht generalisiert werden, können aber dazu beitragen, Hypothesen des Forschungsfeldes zu generieren bzw. zu testen.

¹⁰ Während die Studierenden der *Kontrollgruppe* während ihres ersten Fachsemesters befragt wurden, waren die Studierenden der *EU-Gruppe* mehrheitlich im dritten Fachsemester und in Ausnahmen im fünften Fachsemester. Daraus lässt sich die Vermutung unterschiedlich verteilten Vorwissens ableiten. Da dieses Vorwissen jedoch auch innerhalb der beiden Gruppen sehr wahrscheinlich ungleich verteilt war, wäre die Kenntnis davon wegen fehlender Möglichkeit eines randomisierten *matchings* der *Kontrollgruppe* und der Experimentalgruppe wenig gewinnbringend gewesen.

¹¹ Folgende EU-spezifische Ereignisse fanden zwischen beiden Erhebungszeitpunkten statt: Im November trat Jean-Claude Juncker sein Amt als Kommissionspräsident an, die vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder wurden bereits im Oktober vom Europäischen Parlament bestätigt. Die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen neuen Abstimmungsregeln zur Annahme eines Vorschlags mit qualifizierter Mehrheit traten in Kraft. Seit Inkrafttreten ist eine sogenannte doppelte Mehrheit der Mitgliedstaaten und der Bevölkerung notwendig, statt der bis dahin geltenden zugeteilten Stimmenzahl je Mitgliedsstaat. Ebenfalls im November übernahm die EZB die einheitliche Bankenaufsicht im Eurogebiet. Im Januar schließlich fand der Terroranschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo statt (https://europa.eu/european-union/about-eu/history/2010-today/2015_de; Zugriff: 28.02.2018). Dieses Ereignis dürfte während des Untersuchungszeitraums das gravierendste Ereignis gewesen sein und damit die Frage nach Meinungsfreiheit stärker ins Bewusstsein der Befragten gerückt haben. Der Amtsantritt Junckers dürfte die Frage nach der

Wissen (UV) nicht direkt gemessen, sondern in der Logik eines Experiments fand zwischen Zeitpunkt t_1 und t_3 zum Zeitpunkt t_2 die Vermittlung EU-spezifischen Wissens als *Treatment* (X) statt und im Fall der *Kontrollgruppe* fand dieses *Treatment* nicht statt. Gemessen wurde mittels des Repertory Grid Verfahrens lediglich, wie sich zwischen Zeitpunkt t_1 und Zeitpunkt t_3 die Wahrnehmung der Legitimität der EU (AV) verändert hat.

3.2 Erhebung der Legitimitätswahrnehmung mit Repertory Grid

Legitimität soll, wie bereits einleitend erwähnt, im Weber'schen Sinne (1992) als Legitimitätswahrnehmung verstanden werden und nach Ferrín und Kriesi (2016, S. 10) über den Vergleich zwischen den (demokratischen) Idealen und dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie bzw. des politischen Systems generell gemessen werden. Über diesen Vergleich, den es zu erheben gilt, fällt das Individuum ein Urteil über die Legitimität des zu untersuchenden Objekts (beispielsweise Demokratie, EU oder politisches System). Repertory Grid ermöglicht die Analyse der Übereinstimmung von normativen Standards der Bürgerinnen und Bürger und deren Bewertung des politischen Systems, gemessen an den jeweils eigenen Standards, ohne einen Umweg über öffentliche Kommunikation (Zürn 2013) oder die interpretierende Forscherin (Patberg 2013) zu machen. Repertory Grid arbeitet mit den Worten der Befragten selbst, um deren subjektive Konstrukte, den Forschungsgegenstand betreffend, zu messen. Die philosophische Annahme hinter der Methode ist, dass Menschen die Realität (re)konstruieren, um mit der Welt interagieren zu können. Dabei antizipieren Menschen Ereignisse, indem sie ihre eigenen individuellen Erfahrungen miteinander verbinden. Die Ergebnisse ihres Handelns evaluieren Menschen schließlich mit den persönlichen Konstrukten, die ihnen aus ihrer Erfahrung heraus zur Verfügung stehen und passen ihr Verhalten, diesen persönlichen Konstrukten folgend, an die Anforderungen der Umwelt an (Jankowicz 2004).

In der Vorbereitungsphase eines Forschungsprojekts mit Repertory Grid definiert die Forscherin acht bis zwölf Begriffe oder Beispiele (Elemente), die mit dem jeweiligen Forschungsgegenstand in einem Zusammenhang stehen beziehungsweise für den Interviewee in diesem Kontext eine relevante Sache, Situation oder Ereignis darstellen (Kelly 1955). Für die Erforschung der Legitimität der EU wurden für die nachfolgende Studie zentrale nationale (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht) und europäische (Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Gerichtshof, Europäische Zentralbank) Institutionen sowie Expertengremien und der Legitimste Herrschaftsträger zur Abbildung der normativen Standards von Legitimität (Ideal), festgelegt. Diese Elemente werden im Interview, wie nachfolgend genauer dargestellt werden wird, mit dem normativen Standard von Legitimität (Ideal) sowie miteinander verglichen. Die Aufteilung der

demokratischen Verfasstheit der EU ins Bewusstsein gerückt haben, da mit der Europawahl im Mai 2014 mit Martin Schulz und Jean-Claude Juncker erstmals Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufgestellt wurden. Die rechtlichen Regelungen des Vertrags von Lissabon, wie strikt die Staats- und Regierungschefs die Ergebnisse der Europawahl bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten berücksichtigen müssen, war umstritten. Es war damit unklar, ob sie sich an das Votum der europäischen Bürgerinnen und Bürger halten würden.

Elemente in die nationale und die europäische Ebene geht auf die Besonderheiten für die Legitimität im europäischen Mehrebenensystem zurück. Den Überlegungen Scharpfs (2009) folgend, sind die Herrschaftsbeziehungen im europäischen Mehrebenensystem zweistufig. Sowohl die Legitimitätswahrnehmung (bei Scharpf Folgebereitschaft), als auch die Legitimation (also jene Aktivitäten um Folgebereitschaft herzustellen) nehmen den Umweg von der Union zu den Bürgern und vice versa über die Mitgliedsstaaten (Scharpf 2009, S. 252). Die Herrschaftsbeziehung zwischen EU und Bürgern ist also auf der Ebene der Mitgliedsstaaten unterbrochen. Auch wenn durchaus Streitbar ist, inwiefern parallel zu den unterbrochenen Herrschaftsbeziehungen nicht auch eine direkte Herrschaftsbeziehung existiert, zum Beispiel durch die Wahl des Europäischen Parlaments und damit zumindest 2014 auch indirekt die Wahl des Kommissionspräsidenten, ist hier auf jeden Fall festzuhalten, dass in Fragen der Legitimität der EU sowohl die europäische als auch die nationale Ebene berücksichtigt werden müssen.

Die Festlegung dieser Elemente ist der einzige Zeitpunkt, an dem die Forscherin aktiv in den Forschungsprozess eingreift, da Repertory Grid Interviews nicht mit vorbereiteten Fragen, wie die standardisierte Umfrage, und auch nicht mit strukturierten Interviewleitfäden, wie qualitative Interviews, arbeitet. Diese Elemente werden dann während des Interviews von den Befragten mit Hilfe persönlicher Konstrukte verglichen und gemäß der Eigenschaften, die die Befragten den Elementen zusprechen, in ein Verhältnis zueinander gebracht. Unter Konstrukten wird nach Kelly (1955) eine dichotome Dimension wie *gewählt* versus *ernannt* oder *transparent* versus *undurchsichtig* verstanden. Mit Hilfe solcher Konstrukte werden alle Elemente des Interviews bewertet und auf der Basis ihrer Ähnlichkeit in Gruppen zugeordnet. Jedes einzelne Element wird dabei mit jedem einzelnen Konstrukt bewertet (Jankowicz 2004), wie Abb. 1 illustriert.

Im ersten Schritt des Repertory Grid Interviews entscheidet die Befragte, welche zwei der insgesamt drei zufällig ausgewählten Elemente einander ähneln und sich gleichzeitig vom Dritten unterscheiden. Im oben aufgeführten Beispiel handelt es sich bei den drei zufällig ausgewählten Elementen um das Europäische Parlament (EP), die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Kommission (EK). In diesem Beispiel wurden die EZB und die Europäische Kommission von der befragten Person als ähnlich wahrgenommen, während sich das Europäische Parlament von ihnen unterschied. Im zweiten Schritt definiert die befragte Person die Ähnlichkeit der zwei Elemente mit ihren eigenen Worten in Form eines Adjektivs (Konstrukt 1), ebenso wie die Unähnlichkeit des dritten Elements (Konstrukt 2). Im oben aufgeführten Beispiel wurden die EZB und die Europäische Kommission als *ernannt* (Konstrukt 1) beschrieben, während das Europäische Parlament dagegen als *gewählt* (Konstrukt 2) wahrgenommen wurde. Diese beiden Konstrukte stellen das erste individuelle Konstruktpaar zur Evaluation aller Elemente des Interviews dar. Im dritten Schritt des Interviews positioniert die befragte Person alle Interviewelemente auf der erstellten Konstruktskala (zwischen Konstrukt 1 und 2). Da die Evaluation der Elemente in einem Tetralemmafeld stattfindet, haben die Befragten neben der Skala zwischen Konstrukt 1 und 2 auch die Möglichkeit, die Optionen *beides* trifft auf das Element zu oder *keines von beiden* trifft zu, auszuwählen. Über die Positionierung des Elements *Legitimster Entscheidungsträger (Ideal)* näher am

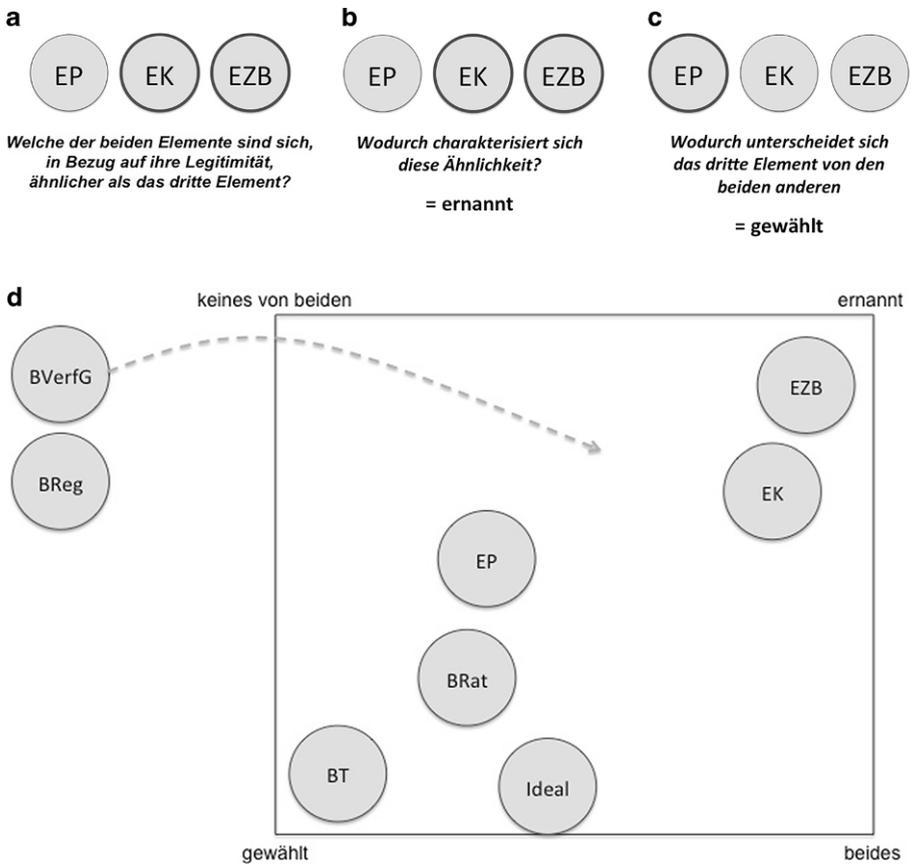


Abb. 1 Interviewprozess mit Repertory Grid (Quelle: Osterberg-Kaufmann 2014, S. 159) **a** Schritt 1, **b** Schritt 2, **c** Schritt 3, **d** Schritt 4

Konstrukt *gewählt* oder näher am Konstrukt *ernannt* definieren die Befragten ihren normativen Standard von Legitimität.¹²

Durch die Einteilung in „einander ähnlich“ und „voneinander verschieden“ sortieren die Befragten mit Hilfe ihrer Konstrukte einzelne Ereignisse einzelnen Kategorien zu und kreieren beziehungsweise sortieren damit ihre Wirklichkeit. Damit ermöglicht Repertory Grid der Forscherin eine Art „mental map“ (Jankowicz 2004, S. 14), wie sich die Befragten die Welt (beziehungsweise den Forschungsgegenstand) vorstellen. Auf der Grundlage des gegebenen Elementesets stellen die Befragten der Forscherin qualitative (aktiv formulierte) Konstrukte zur Verfügung und übersetzen diese subjektiven Wahrnehmungen in ein quantitatives Grid.

¹² In eben dieser Logik definieren die Befragten per Platzierung der Elemente auch, ob sie alle anderen Elemente eher als gewählt oder eher als ernannt wahrnehmen.

Die Interviewdaten können mit Hilfe qualitativer und quantitativer Verfahren analysiert werden. Für die manuelle Analyse werden die Elemente und Konstrukte in ein Grid übertragen, wo die Zuordnung der Elemente in den jeweiligen Konstruktskalen tabellarisch ablesbar ist. Einfache Zusammenhänge zwischen den Elementen sowie zwischen den Konstrukten können über Clusteranalysen oder Hauptkomponentenanalysen abgelesen werden (Jankovicz 2004).¹³

Interessanter als die Analyse von Einzelgrids ist jedoch die Analyse größerer Interviewsets. Um die Interviewdaten von einer größeren Anzahl von Befragten zu erheben und zu analysieren, stehen zahlreiche Softwarelösungen zur Verfügung,¹⁴ deren Datensätze dann wiederum in gängige Statistikprogramme importiert werden können. Wie bei standardisierten Umfragen ist es damit möglich, die Individualdaten zu aggregieren und die Ergebnisse miteinander zu vergleichen. Während in der Literatur über Einschränkungen der Generalisierbarkeit von Repertory Grid-Daten gestritten wird, gelten Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse von einem Sample auf eine größere Gruppe als gesichert (LeCompte und Goetz 1982).

4 Ergebnisse: EU-spezifisches politisches Wissen und die Legitimitätswahrnehmung der EU

Die nachfolgenden Daten wurden gesammelt, um den Einfluss von politischem Wissen auf die Wahrnehmung der Legitimität der EU zu analysieren. Die Daten auf der Basis einer studentischen Befragung zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten, einmal zu Beginn des Semesters (t_1) ohne spezifisches EU-Wissen und einmal zum Ende des Semesters (t_2) mit mehr EU-spezifischem Wissen (X), führten zu folgenden Ergebnissen. Erstens konnte mit Repertory Grid der normative Standard von Legitimität der Befragten sichtbar gemacht werden. Ebenso konnte gezeigt werden, dass der normative Standard von Legitimität mit einer Zunahme EU-spezifischen Wissens zunehmend an repräsentativ-demokratischen Normen und Werten orientiert ist. Zweitens sank die Legitimität der EU in der Wahrnehmung der Befragten mit zunehmendem EU-spezifischen politischen Wissen – entgegen der Annahme, dass politisches Wissen zu positiveren Einstellungen gegenüber der EU führe (Sinnott 2000; Oberle und Forstmann 2015). Drittens weisen die erhobenen Daten gleichzeitig aber auch, in Übereinstimmung mit dem empirischen Befund, dass besser informierte Bürgerinnen und Bürger der EU ein größeres Demokratiedefizit attestieren und mit der Demokratie in der EU weniger zufrieden sind (Maier und Bathelt 2013; Wiesner i.E.), auf ein differenzierteres Bild hin. Mit zunehmendem EU-spezifischen Wissen stieg nämlich die Bedeutung der demokratisch legitimierten Kerninstitutionen (Europäische Parlament und Europäische Kommission) in der Wahrnehmung der Befragten gegenüber anderen Institutionen (Europäischer Gerichtshof, Expertengremien) an, wenn auch insgesamt alle Institutionen (nationale und europäische) mit zunehmendem politischen Wissen an Legitimität verloren. Dieses Ergebnis gibt

¹³ Detaillierte Einführungen zu Repertory Grid finden sich beispielsweise bei: Catina und Schmitt (1993), Fromm (2002, 2004), Jankovicz (2004) oder Rosenberger und Freitag (2009).

¹⁴ Beispielsweise Gridcore, GridSuite, RepGrid, Idiogrid, congrid.

in der Folge Grund zur Annahme, dass über je weniger (EU-spezifisches) politisches Wissen die Befragten verfügen, sie nicht-majoritären Institutionen eine größere Legitimität zusprechen. Die demokratisch legitimierten Institutionen bekamen dagegen mit steigendem politischem Wissen, im Gegensatz zu beispielsweise den Zentralbanken und Gerichten, mehr Legitimität zugesprochen.

Um Legitimitätswahrnehmung nach Ferrín und Kriesi (2016, S. 10) über den Vergleich zwischen den (demokratischen) Idealen und dem tatsächlichen Funktionieren des politischen Systems zu messen, gilt es zunächst, den normativen Standard, also die Idealvorstellungen der Befragten von legitimer Regierung/Herrschaft, zu erheben. Dargestellt werden kann diese Idealvorstellung von Legitimität zu beiden Zeitpunkten der Untersuchung mit dem sogenannten semantischen Korridor. Um den normativen Standard von Legitimität und dessen Veränderung über Zeit zu visualisieren, werden jene Konstrukte mit dem größten Einfluss auf die Positionierung des Elements *Legitimster Herrschaftsträger*¹⁵ im dreidimensionalen Raum miteinander verglichen, jene Konstrukte also, die für die Befragten in diesem Kontext die größte Relevanz aufweisen.

Der Analyse des semantischen Korridors um den Legitimsten Herrschaftsträger soll jedoch eine grundlegende Erläuterung und die dahinterliegende Logik der Übertragung der Interviewdaten in den dreidimensionalen Raum vorweggeschickt werden. Die gesammelten Daten werden in eine Elemente und Konstrukte Matrix (das Grid) übertragen. Mit Hilfe statistischer Analyseverfahren können die Beziehungen und Abhängigkeiten der Elemente und Konstrukte berechnet werden. Damit können Aussagen darüber gemacht werden, wie die Befragten die jeweiligen Elemente definieren und welche Konzepte dahinter stehen, und zwar mit den Worten der Befragten selbst. Die zahlreichen Dimensionen, die durch die individuellen *ratings* der Elemente entstehen, können durch die Hauptkomponentenanalyse im dreidimensionalen Raum reduziert werden. Dort sind ihre Beziehungen zueinander numerisch oder visuell ablesbar (Abb. 4, 5, 6 und 7). Die drei signifikantesten Komponenten der Beziehung zwischen Elementen und Konstrukten sowie den Konstrukten selbst werden in eine dreidimensionale Matrix übertragen und die Zahlenwerte der Matrix werden für jedes Element und jedes Konstrukt in Koordinaten des dreidimensionalen Raums übersetzt.

Der semantische Korridor, um zum normativen Standard von Legitimität zurück zu kommen, hebt Elemente und Konstrukte in einem vordefinierten Winkel hervor, um Ähnlichkeiten zu anderen Elementen darzustellen und wie diese durch Konstrukte charakterisiert werden (s. Abb. 2). Je besser ein Konstrukt das ausgewählte Element beschreibt, desto enger ist der Winkel zwischen Konstrukt und Element. Winkel kleiner als 45° beschreiben ein semantisches Cluster. Um die Anzahl der beschreibenden Konstrukte zu reduzieren, wurde der Winkel für die nachfolgende Analyse des normativen Standards von Legitimität auf 25° für das Element *Legitimster Herrschaftsträger (Ideal)* reduziert.

¹⁵ Der *Legitimste Entscheidungsträger* wurde in den Interviews als „Idealvorstellung von Legitimität“ eingeführt.

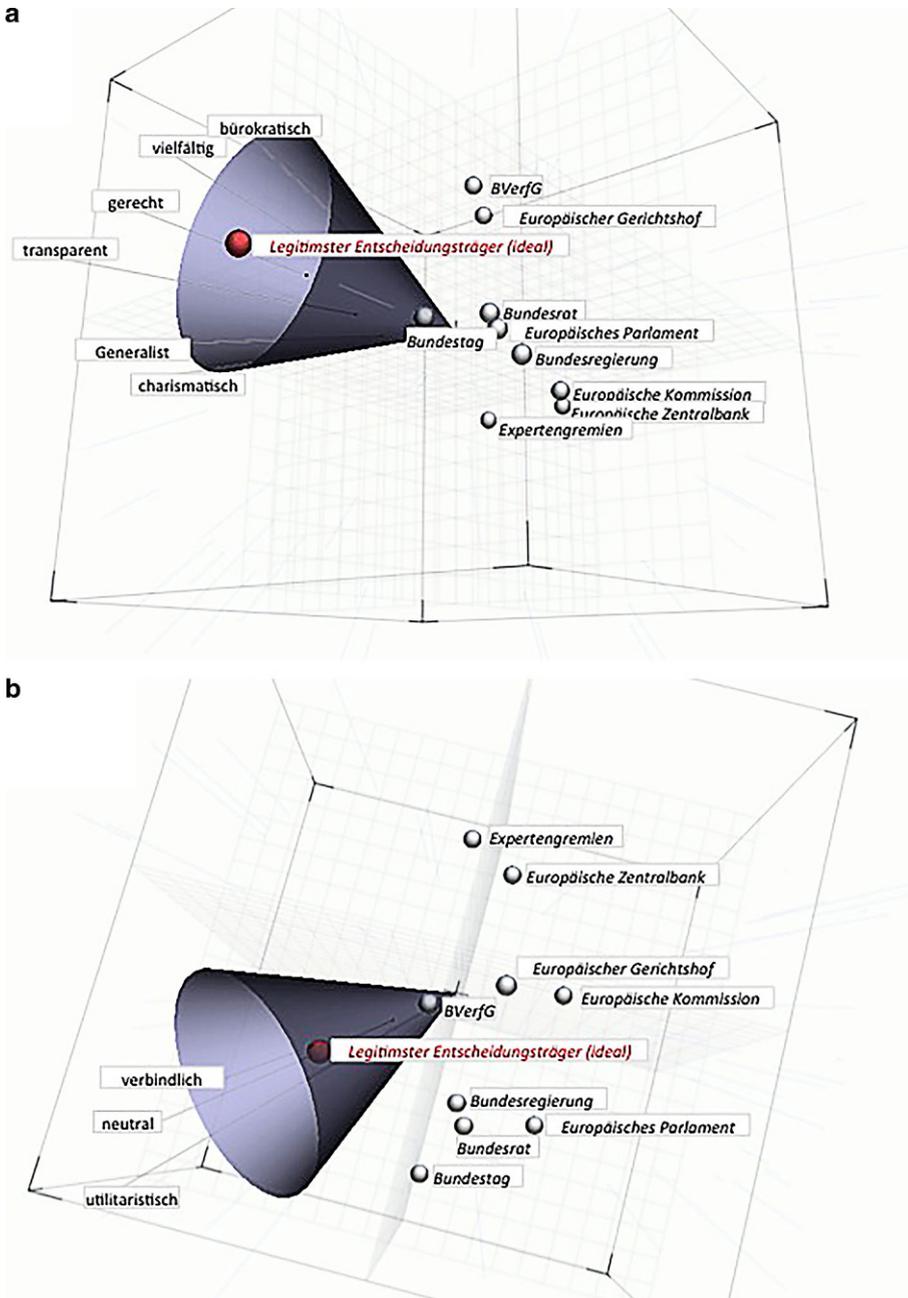
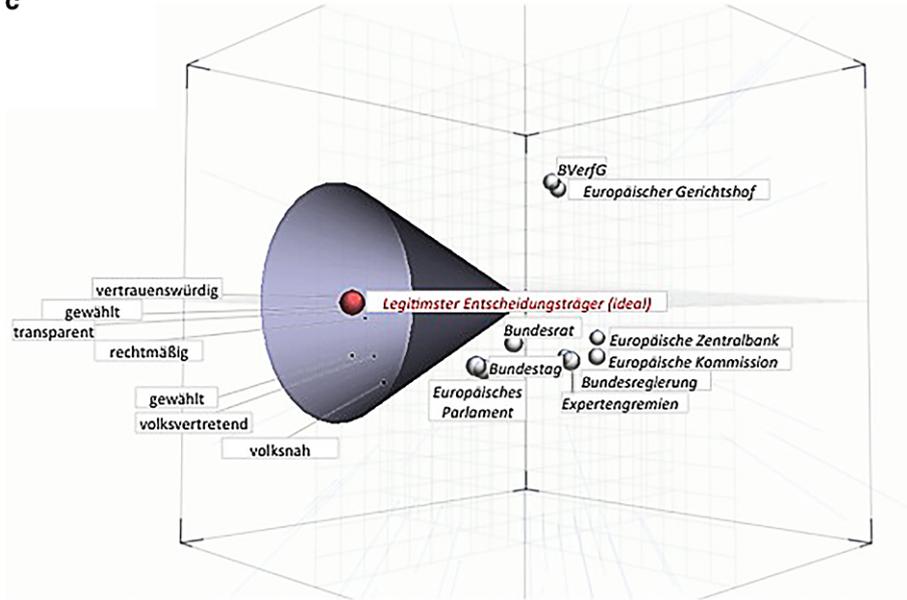


Abb. 2 Normativer Standard von Legitimität. **a** „EU-Gruppe“ Zeitpunkt t_1 , **b** „Kontrollgruppe“ Zeitpunkt t_1 . (Quelle: Eigene Darstellung)

c



d

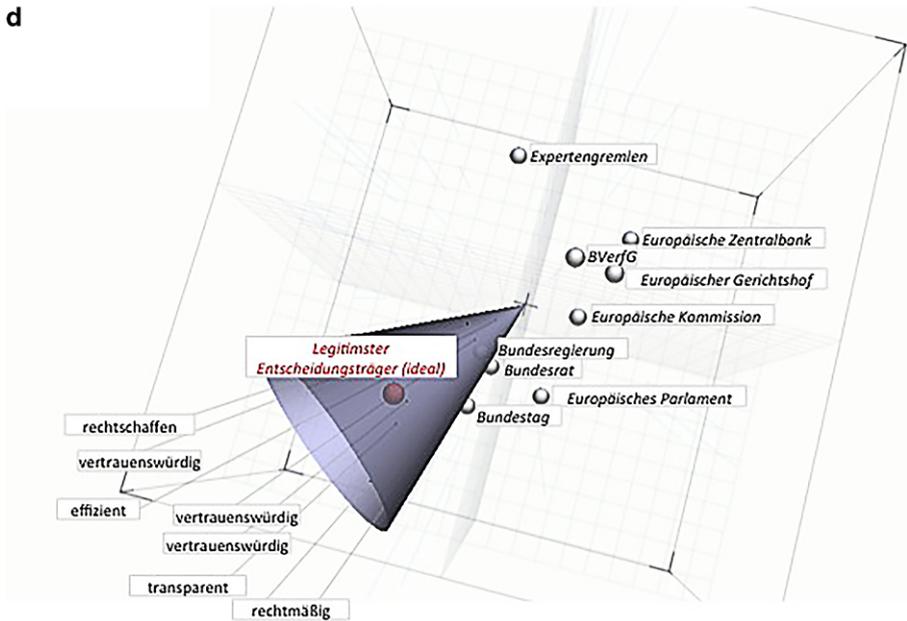


Abb. 2 Normativer Standard von Legitimität. c „EU-Gruppe“ Zeitpunkt t₃, d „Kontrollgruppe“ Zeitpunkt t₃. (Quelle: Eigene Darstellung)

Die vergleichende Analyse der ausschlaggebenden Konstrukte, die das Element *Legitimster Herrschaftsträger* beschreiben, zeigt in beiden Befragtengruppen zum Zeitpunkt t_1 Unterschiede hinsichtlich des Legitimitätsverständnisses. Während die *EU-Gruppe* den *Legitimsten Entscheidungsträger*, als Idealvorstellung von Legitimität, als *bürokratisch, vielfältig, gerecht, transparent, Generalist* und *charismatisch* charakterisiert, beschreibt die *Kontrollgruppe* den *Legitimsten Entscheidungsträger* als *verbindlich, neutral* und *utilitaristisch*.

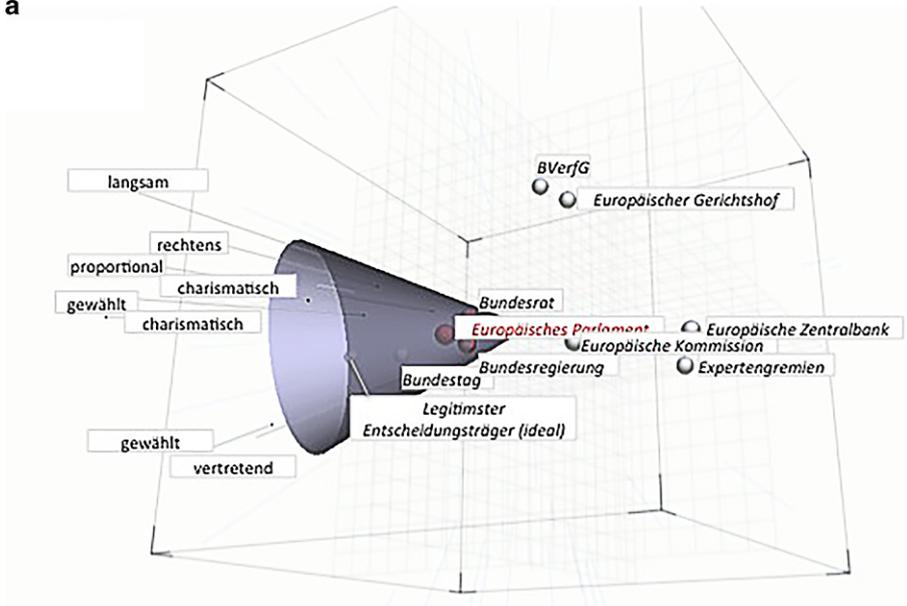
Keines der anderen Elemente der Studie weist große Ähnlichkeit zur Idealvorstellung von Legitimität (*Legitimster Entscheidungsträger*) auf. Über Winkelmaße $>45^\circ$ lassen sich Ähnlichkeiten ablesen. Weder in der *EU-Gruppe* noch in der *Kontrollgruppe* lagen andere Elemente innerhalb des 45° Grad Winkels zum Legitimsten Entscheidungsträger (hier abgebildet 25° Winkel).

Zum Zeitpunkt t_3 , also nach dem *Treatment*, beschreibt die *EU-Gruppe* den *Legitimsten Entscheidungsträger* als *transparent*, wie bereits zum Zeitpunkt t_1 , alle anderen beschreibenden Konstrukte weichen ab. Der *Legitimste Entscheidungsträger* wird nun als *vertrauenswürdig, gewählt, rechtmäßig, volksvertretend* und *volksnah* beschrieben. Damit gewinnen nach dem *Treatment* mit *gewählt* und *volksvertretend* Bestandteile der repräsentativen Demokratie Bedeutung für das Legitimitätsverständnis. In der *Kontrollgruppe* gewinnen auch plötzlich *vertrauenswürdig, transparent* und *rechtmäßig* an Relevanz für die Beschreibung des *Legitimsten Entscheidungsträgers*, außerdem *effizient* und *rechtschaffen*. Konstrukte, die für repräsentative Demokratie stehen, vergleichbar mit der *EU-Gruppe*, sind nicht anzutreffen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Bedeutungszugewinn der repräsentativ-demokratischen Konstrukte *gewählt* und *volksvertretend* nicht auf Störfaktoren, sondern wahrscheinlich tatsächlich auf das *Treatment* zurückzuführen ist. Die beschreibenden Konstrukte *vertrauenswürdig* und *rechtmäßig*, hingegen gewinnen in beiden Gruppen zum Zeitpunkt t_3 an Bedeutung und deuten damit auf den Einfluss eines Störfaktors hin.

Die vergleichende Analyse der ausschlaggebenden Konstrukte, die das Element *Legitimster Herrschaftsträger* beschreiben, zeigt, als erstes Ergebnis der explorativen Studie, mit zunehmendem EU-spezifischem politischen Wissen eine Zunahme repräsentativ-demokratischer Normen und Werte.

Allerdings haben sich nicht bloß die normativen Standards zu Legitimität zwischen den beiden Befragungszeitpunkten verändert. Die Analyse des Elements *Europäisches Parlament* soll beispielhaft für die Entwicklung der Wahrnehmungen der anderen Elemente des Interviews stehen (s. Abb. 3). Die *EU-Gruppe* beschrieb das Europäische Parlament während des ersten Befragungszeitpunktes vor allem als *charismatisch, gewählt, langsam, rechters, vertretend* und *proportional*. Für die *Kontrollgruppe* waren zum Zeitpunkt t_1 die Vorstellungen des Europäischen Parlaments als *vertrauenswürdig, Generalisten, gewählt* und *transparent* ausschlaggebend. Für die zweite Befragungsrunde (t_3) erwiesen sich in der *EU-Gruppe* im Vergleich mit t_1 lediglich: *charismatisch, gewählt* und *proportional* als stabil. Darüber hinaus veränderte sich zum Zeitpunkt t_3 die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments hin zu *rechtmäßig, direkt, offen, transparent, gesetzgebend, demokratisch* und *Generalist*. In der *Kontrollgruppe* wurden zum Zeitpunkt t_3 lediglich noch *gewählt* und *transparent* zur Beschreibung des Europäischen Parlaments herangezogen. Stattdes-

a



b

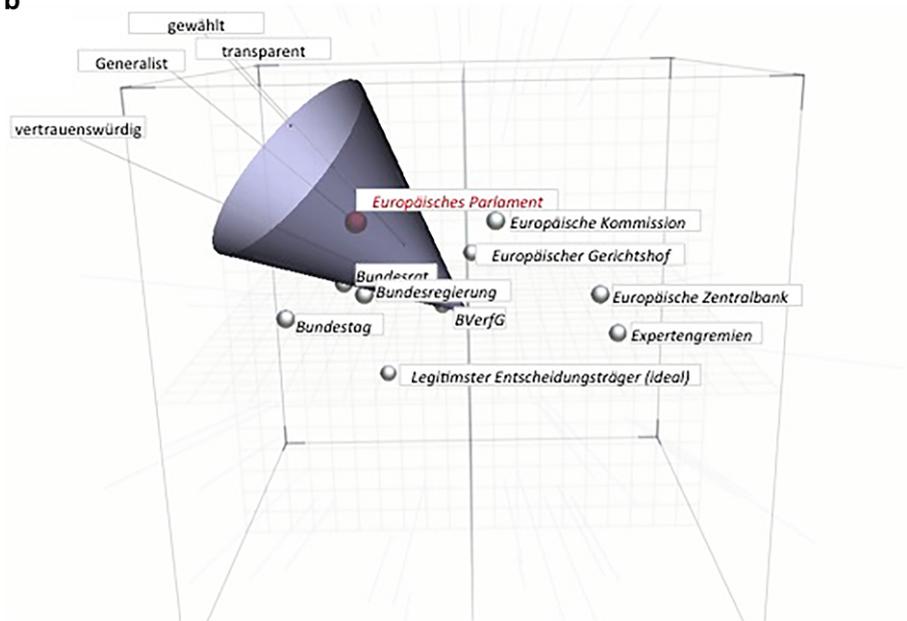
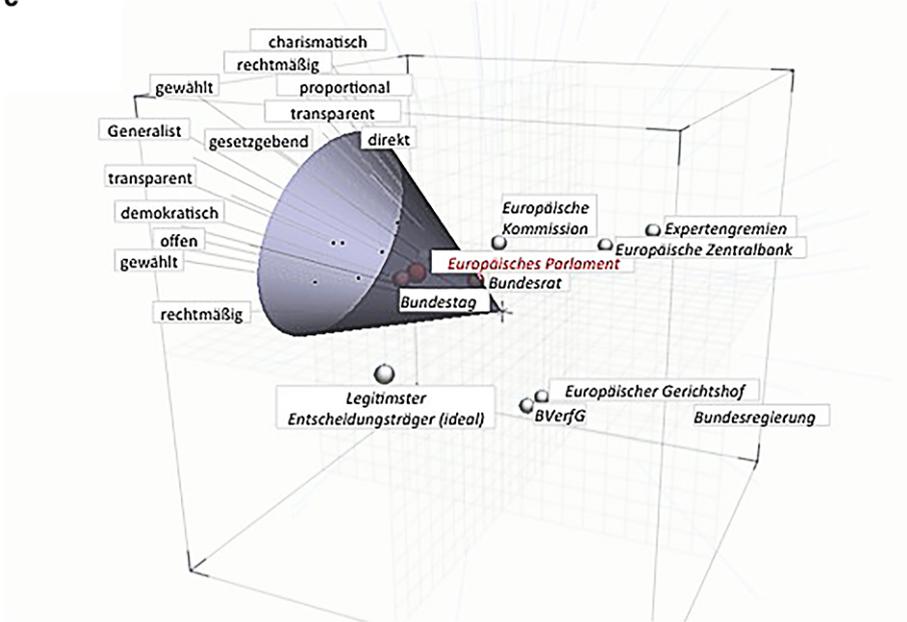


Abb. 3 Wahrnehmung des Europäischen Parlaments. **a** „EU-Gruppe“ Zeitpunkt t_1 , **b** „Kontrollgruppe“ Zeitpunkt t_1 . (Quelle: Eigene Darstellung)

c



d

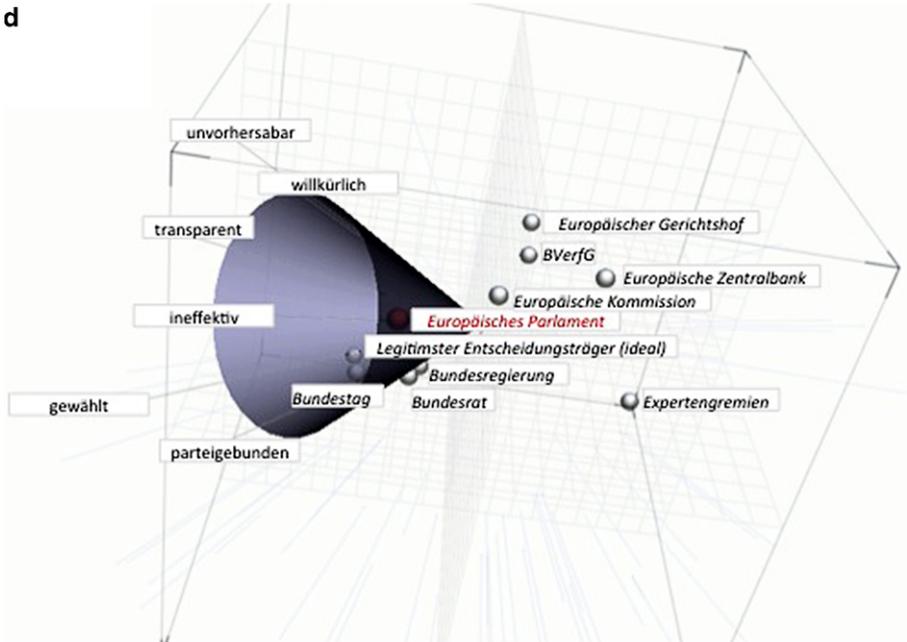


Abb. 3 Wahrnehmung des Europäischen Parlaments. c „EU-Gruppe“ Zeitpunkt t₃, d „Kontrollgruppe“ Zeitpunkt t₃. (Quelle: Eigene Darstellung)

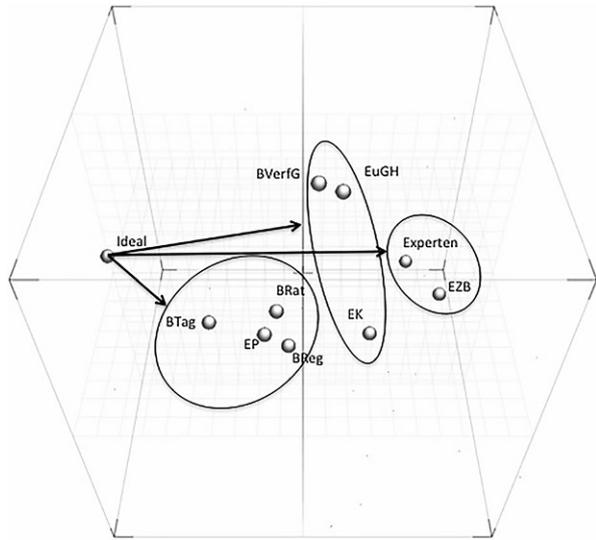
sen erwiesen sich zum Zeitpunkt t_3 die Eigenschaften *willkürlich*, *unvorhersagbar*, *parteigebunden* und *ineffektiv* als am ausschlaggebendsten. Dieser Trend zu Negativbeschreibungen findet sich nicht in der *EU-Gruppe*, ganz im Gegenteil. Teilte das Europäische Parlament zum Zeitpunkt t_1 mit dem *Legitimisten Entscheidungsträger* zum gleichen Zeitpunkt lediglich die Eigenschaft *charismatisch*, hatten beide Elemente zum Zeitpunkt t_3 die Eigenschaften *rechtmäßig*, *transparent* und *gewählt* gemeinsam. In der *Kontrollgruppe* erwies sich lediglich zu t_3 eine Gemeinsamkeit in der Eigenschaft *transparent*. Möglicherweise ist das Konstrukt *transparent*, das in der *EU-Gruppe* erstmalig zum Zeitpunkt t_3 auftaucht und in der *Kontrollgruppe* mit *gewählt* die einzige (positive) Konstante bei gleichzeitig zunehmender negativer Beschreibungen ist, auf externe Störfaktoren (Wahl des EU-Kommissionspräsidenten) zurückzuführen.

Die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments hat sich für die *EU-Gruppe* nach dem *Treatment* verändert. Diese veränderte Wahrnehmung betrifft jedoch nicht die grundsätzliche Bewertung des Europäischen Parlaments. Doch differenzierte sich der Blick auf das Europäische Parlament mit zunehmendem EU-spezifischen politischen Wissen zunehmend aus. Die generelle Bewertung des Europäischen Parlaments blieb positiv, jedoch verdoppelten sich die ausschlaggebenden Konstrukte innerhalb des Winkels von 25° nahezu. Die verfügbaren Daten verweisen darauf, wie Delli Carpini und Keeter (1996) für das politische Wissen von US-Bürgerinnen und Bürger und den Einfluss auf politische Einstellungen haben zeigen können, dass es eine Verbindung zwischen politischem Wissen und zunehmender Komplexität und Differenziertheit politischer Einstellungen gibt. Zunehmendes politisches Wissen löst Veränderungen in der Wahrnehmung von Institutionen aus, ebenso wie die normativen Standards von Legitimität.

Wie oben beschrieben, können über das aggregierte kollektive Grid die Daten aller Befragten miteinander verglichen werden. Durch die Übersetzung der Daten in die dreidimensionale Matrix und die Übertragung aller Elemente und Konstrukte in Koordinaten, können all jene Elemente gruppiert werden, die in einem engen (räumlichen und inhaltlichen) Bezug zueinander stehen, also ähnlich wahrgenommen werden. Über die euklidischen Distanzen können Nähe und Entfernung (in der Wahrnehmung der Befragten) der Elemente zueinander dargestellt werden. Je näher die Elemente zueinander gruppiert sind, desto geringer sind die euklidischen Distanzen zwischen den Elementen und desto größer ist in den Augen der Befragten ihre Ähnlichkeit zueinander. Der Grad der Übereinstimmung der nationalen und europäischen Institutionen mit den normativen Standards von Legitimität lässt sich an deren Nähe oder Entfernung zum *Legitimisten Entscheidungsträger* ablesen und gibt Auskunft über die Legitimitätswahrnehmung. Je geringer die Abstände zum *Legitimsten Entscheidungsträger* sind, desto legitimer wird die entsprechende Institution wahrgenommen. Die euklidischen Distanzen, wie sie in den Abb. 4, 5, 6 und 7 dargestellt sind, können in den Tab. 2, 3, 4 und 5 auch anhand der numerischen Werte abgelesen werden.

Die Daten zeigen, wie in vorausgegangenen Repertory Grid-Studien (Osterberg-Kaufmann 2014), dass weder die nationalen noch die europäischen Institutionen den normativen Standards der Befragten von Legitimität entsprechen. Erneut erweisen sich die nationalen Institutionen in der Wahrnehmung der Befragten als legitimer als

Abb. 4 Grid der Elemente und Konstrukte im dreidimensionalen Raum *EU-Gruppe*, Zeitpunkt t_1 (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)



Tab. 2 Euklidische Distanzen der Elemente *EU-Gruppe*, Zeitpunkt t_1

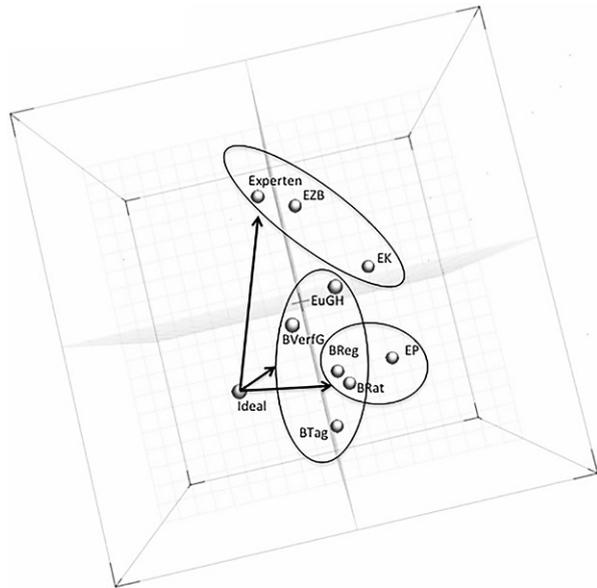
Elemente	Euklidisches Distanzmaß									
	Ideal	BReg	BTag	BRat	BVerfG	EK	EP	EZB	EuGH	Experten
Ideal	–	616,3	470,7	578,5	660,7	761,6	599,4	909,9	710,1	893,8
BReg	616,3	–	358,2	425,9	561,3	450,7	390,4	618,9	564,3	718,9
BTag	470,7	358,2	–	362,8	558,5	553,2	356,6	710,5	563,5	765,2
BRat	578,7	425,9	362,8	–	483,9	490,9	388,1	641,8	490,2	699,1
BVerfG	660,7	561,3	558,5	483,9	–	598,3	588,1	681,6	270,0	722,5
EK	761,6	450,7	553,1	490,9	598,3	–	435,0	507,0	561,0	577,0
EP	599,4	390,4	356,6	388,1	588,1	435,0	–	638,5	574,1	727,3
EZB	909,9	618,9	710,5	641,8	681,6	507,0	638,5	–	628,4	550,3
EuGH	710,1	564,3	562,9	490,2	270,0	561,0	574,1	628,4	–	683,9
Experten	893,8	718,9	765,2	699,1	722,5	577,0	727,3	550,3	683,9	–

Unähnlichkeitsmatrix (Quelle: Eigene Erhebung)

Ideal Legitimste Entscheidungsträger bzw. normative Standard zu Legitimität, *BReg* Bundesregierung, *BTag* Bundestag, *BRat* Bundesrat, *BVerfG* Bundesverfassungsgericht, *EK* Europäische Kommission, *EP* Europäische Parlament, *EZB* Europäische Zentralbank, *EuGH* Europäische Gerichtshof, *Experten* Expertengremien

die europäischen Institutionen. Diese Befunde stehen in einem Widerspruch zu den Eurobarometer-Daten, nach denen beispielsweise dem Europäischen Parlament mehr Vertrauen entgegen gebracht wird als den nationalen Parlamenten. Jedoch wird in der Literatur dieser hohe Vertrauenszuspruch für das Europäische Parlament durchaus als überraschend diskutiert, da es im Vergleich zu den nationalen Parlamenten erhebliche Kompetenzen entbehrt (Schmitt 2003). Die Ergebnisse der Repertory Grid Studien sind also durchaus mehr im Einklang mit den politikwissenschaftlichen Debatten

Abb. 5 Grid der Elemente und Konstrukte im dreidimensionalen Raum *Kontrollgruppe*, Zeitpunkt t_1 (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)



Tab. 3 Euklidische Distanzen der Elemente *Kontrollgruppe*, Zeitpunkt t_1

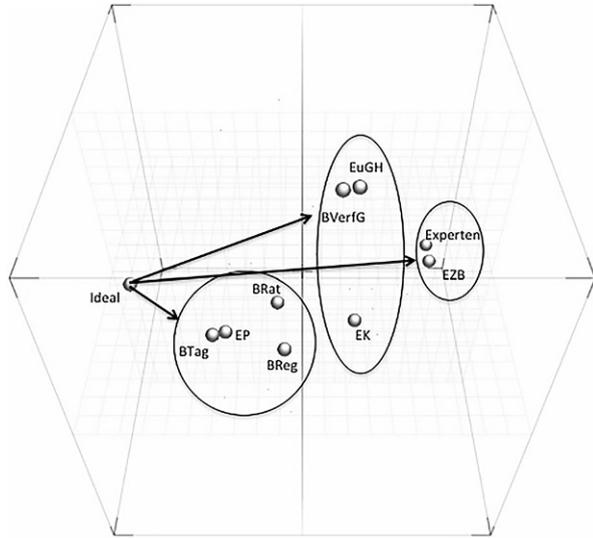
Elemente	Euklidisches Distanzmaß									
	Ideal	BReg	BTag	BRat	BVerfG	EK	EP	EZB	EuGH	Experten
Ideal	–	645,8	571,8	589,1	552,0	728,0	651,3	746,3	585,3	749,5
BReg	645,8	–	309,6	332,3	479,0	495,1	429,6	582,5	526,9	655,0
BTag	571,8	309,6	–	281,6	511,4	547,9	362,6	651,7	562,5	711,8
BRat	589,1	332,3	281,6	–	464,2	502,7	381,2	594,7	504,2	650,2
BVerfG	552,0	479,0	511,4	464,2	–	558,8	578,3	576,4	289,6	593,8
EK	728,0	495,1	547,9	502,7	558,8	–	404,4	422,0	501,2	538,4
EP	651,3	428,9	362,6	381,2	578,3	404,4	–	536,6	525,3	646,7
EZB	756,3	582,5	651,7	594,7	576,4	422,7	536,6	–	517,7	530,1
EuGH	585,3	526,9	562,5	504,0	289,6	501,2	525,3	517,7	–	576,9
Experten	749,5	655,0	711,8	650,2	593,8	538,4	646,7	530,1	576,9	–

Unähnlichkeitsmatrix (Quelle: Eigene Erhebung)

als der Vertrauensbefund für das Europäische Parlament in den Eurobarometer-Umfragen.

Die Tab. 2, 3, 4 und 5 und die Abb. 4, 5, 6 und 7 veranschaulichen die Distanzen, die zeigen, dass keines der Elemente zu keinem Zeitpunkt im Einklang mit den normativen Standards von Legitimität (*Legitimster Herrschaftsträger*) stand. Der Vergleich zwischen beiden Zeitpunkten zeigt außerdem, dass alle Elemente an Legitimität verloren haben. Es scheint, dass die Legitimität, die den einzelnen Elementen zugeschrieben wird, als zweites Ergebnis der explorativen Studie, mit zunehmendem EU-spezifischem Wissen sinkt. Dieser Legitimitätsverlust ist in der

Abb. 6 Grid der Elemente und Konstrukte im dreidimensionalen Raum *EU-Gruppe*, Zeitpunkt t_3 (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)



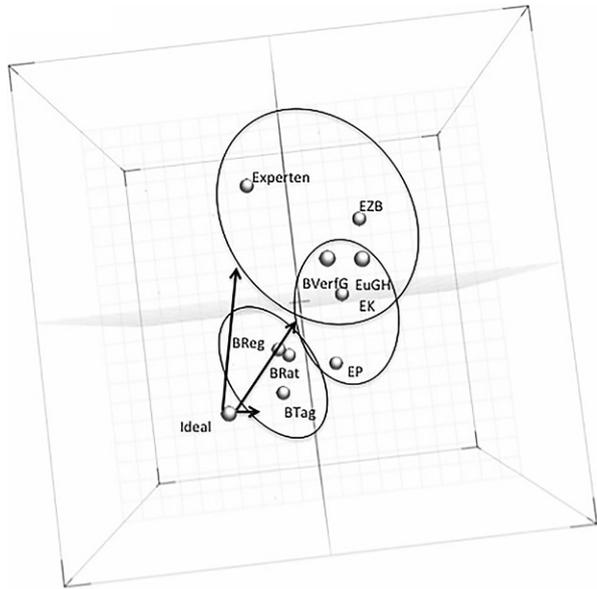
Tab. 4 Euklidische Distanzen der Elemente *EU-Gruppe*, Zeitpunkt t_3

Elemente	Euklidisches Distanzmaß									
	Ideal	BReg	BTag	BRat	BVerfG	EK	EP	EZB	EuGH	Experten
Ideal	–	700,2	602,2	681,3	835,6	864,8	655,2	1030,7	869,6	1992,5
BReg	700,2	–	395,6	442,4	644,1	471,9	481,2	761,1	687,8	832,2
BTag	602,2	395,6	–	424,9	690,3	601,2	363,1	878,5	739,9	907,4
BRat	681,3	442,4	424,9	–	579,7	527,9	485,6	738,8	607,9	753,4
BVerfG	835,6	644,0	690,3	579,7	–	602,6	723,8	674,1	305,0	687,6
EK	864,8	471,9	601,2	528,7	602,6	–	552,5	603,7	586,8	668,9
EP	655,2	481,2	363,1	485,6	723,8	552,5	–	840,7	711,4	873,0
EZB	1030,7	761,1	878,0	738,8	674,1	603,6	840,7	–	639,2	499,0
EuGH	869,6	687,8	739,9	607,9	305,0	586,8	711,4	639,2	–	672,6
Experten	1092,5	832,2	907,4	753,4	687,6	668,9	873,0	499,0	672,6	–

Unähnlichkeitsmatrix (Quelle: Eigene Erhebung)

EU-Gruppe dramatisch, auch wenn die Elemente zu einem unterschiedlichen Grad an Legitimität verlieren (Abb. 6). Am geringsten ist der Legitimitätsverlust in der Wahrnehmung der Befragten für das Europäische Parlament, die Bundesregierung, den Bundesrat und die Europäische Kommission. Am höchsten fällt der Verlust für die Europäische Zentralbank, den Bundestag, den Europäischen Gerichtshof, das Bundesverfassungsgericht und insbesondere für die Expertengremien aus. Dabei haben bei den Befragten der *EU-Gruppe* insbesondere jene Institutionen stärker an Legitimität eingebüßt (mit Ausnahme des Bundestags), die unabhängig vom Wählerwillen und damit jenseits demokratischer Kontrolle sind. Damit widersprechen, als dritte Erkenntnis, die Repertory Grid-Ergebnisse der These vom Legitimitätszugewinn nicht-majoritärer Institutionen, die in der Literatur diskutiert wird (Zürn

Abb. 7 Grid der Elemente und Konstrukte im dreidimensionalen Raum, *Kontrollgruppe*, Zeitpunkt t_3 (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)



Tab. 5 Euklidische Distanzen der Elemente *Kontrollgruppe*, Zeitpunkt t_3

Elemente	Euklidisches Distanzmaß									
	Ideal	BReg	BTag	BRat	BVerfG	EK	EP	EZB	EuGH	Experten
Ideal	–	650,3	579,0	622,4	654,6	811,5	686,7	894,9	664,8	853,6
BReg	650,3	–	357,7	362,0	552,9	526,5	472,9	651,4	597,4	744,5
BTag	579,0	357,7	–	302,3	603,1	599,7	364,0	723,0	639,4	783,0
BRat	622,4	362,0	302,3	–	565,4	565,7	414,3	658,3	598,2	705,6
BVerfG	654,6	552,9	603,1	565,4	–	610,0	647,8	611,1	277,6	632,7
EK	811,5	526,5	599,7	565,7	610,0	–	468,4	488,2	554,3	625,4
EP	686,7	472,9	364,0	414,3	647,8	468,4	–	602,9	609,2	710,5
EZB	894,9	651,4	723,0	658,3	611,1	488,2	602,9	–	574,3	610,4
EuGH	664,9	587,4	639,4	598,2	277,6	554,3	609,2	574,3	–	629,1
Experten	853,6	744,5	782,9	705,6	632,7	625,4	710,4	610,4	629,1	–

Unähnlichkeitsmatrix (Quelle: Eigene Erhebung)

2011a, S. 60). Dieser Aspekt wird nach dem Legitimitätsranking aller Elemente zu beiden Zeitpunkten noch einmal aufgegriffen (Abb. 8). Auch in der *Kontrollgruppe* büßten alle Elemente an Legitimität ein, möglicherweise haben also Störfaktoren den Legitimitätsverlust in der *EU-Gruppe* noch zusätzlich zum Effekt des *Treatments* verstärkt.

Der Legitimitätsverlust aller Elemente war dabei dramatisch zwischen den beiden Befragungszeitpunkten. Bei dem beobachteten Trend des Legitimitätsverlusts zwischen t_1 und t_3 haben jedoch nicht alle Elemente im gleichen Maße Legitimität verloren. Die Befragten der *EU-Gruppe* haben geringfügige Änderungen im Le-

a

T1 Ranking		T2 Ranking		Veränderung der Legitimität
1	BTag	1	BTag	- 131,53
2	BRat	2	EP	- 55,82
3	EP	3	BRat	- 102,52
4	BReg	4	BReg	- 83,84
5	BVerfG	5	BVerfG	- 174,92
6	EuGH	6	EK	- 103,12
7	EK	7	EuGH	- 159,49
8	Experten	8	EZB	- 120,75
9	EZB	9	Experten	- 198,74

b

T1 Ranking		T2 Ranking		Veränderung der Legitimität
1	BVerfG	1	BTag	- 7,26
2	BTag	2	BReg	- 4,51
3	EuGH	3	BRat	- 33,31
4	BRat	4	BVerfG	- 102,58
5	BReg	5	EuGH	- 79,57
6	EP	6	EP	- 35,43
7	EK	7	EK	- 83,51
8	Experten	8	Experten	- 104,14
9	EZB	9	EZB	- 97,37

Abb. 8 Legitimitätsranking Zeitpunkt t_1 und t_3 . **a** „EU-Gruppe“, **b** Kontrollgruppe. (Quelle: Eigene Darstellung)

gititätsranking aller Elemente vorgenommen. Der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament tauschten zugunsten des Europäischen Parlaments die Plätze zwei und drei. Der Europäische Gerichtshof und die Europäische Kommission tauschten zugunsten der Europäischen Kommission die Plätze sechs und sieben. Und die Expertengremien und die Europäische Zentralbank tauschten zugunsten der Europäischen Zentralbank die Plätze sieben und acht.

Weniger dramatisch, aber noch immer bedeutend, waren die Legitimitätsverluste der Elemente bei den Befragten der *Kontrollgruppe*. Dabei war der Grad des Legitimitätsverlusts, wie die Abb. 7 und 8 zeigen, für die jeweiligen Elemente recht unterschiedlich. Während die Bundesregierung, der Bundestag, der Bundesrat und das Europäische Parlament am wenigsten Legitimität in der Wahrnehmung der *Kontrollgruppe* einzubüßen hatten, war der Legitimitätsverlust für den Europäischen

Gerichtshof, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und das Bundesverfassungsgericht höher und am höchsten für die Expertengremien. Die *Kontrollgruppe* hat insbesondere die Gerichte abgewertet. Jene Institutionen hingegen, die vom Wählerwillen abhängig sind, wie beispielsweise der Bundestag, die Bundesregierung und der Bundesrat, wurden aufgewertet¹⁶. Dieser Trend spiegelt sich bei der *EU-Gruppe* weniger. Dort büßten die europäischen Institutionen im Trend weniger Legitimität ein als andere, was möglicherweise auf einen Zusammenhang mit dem *Treatment* deutet.

Die demokratisch legitimierten Kerninstitutionen haben im Vergleich zu allen anderen weniger an Legitimität verloren und damit insgesamt an Bedeutung gewonnen. Jedoch haben alle Elemente an Legitimität in der Wahrnehmung der Befragten verloren, wie die zunehmende (räumliche und numerische) Entfernung zwischen dem *Legitimsten Herrschaftsträger (Ideal)* und den anderen Elementen als wachsende Unähnlichkeit zwischen der idealen Vorstellung eines legitimen Herrschaftsträgers und allen anderen ausweist. Diese Ergebnisse zeigen einerseits möglicherweise einen Trend der wachsenden Unterstützung für demokratische Normen und Werte, der durch Störfaktoren begünstigt wurde, da er sich in der *EU-Gruppe*, stärker aber noch in der *Kontrollgruppe*, zeigt. Der andere beobachtete Trend, nämlich der grundsätzliche Legitimitätsverlust, hat sich jedoch in der *EU-Gruppe* durch das *Treatment* Vermittlung EU-spezifischen Wissens verstärkt und wurde durch eine gleichzeitig kritischere Bewertung des politischen Systems begleitet. Der Legitimitätsverlust hat sich in der *EU-Gruppe* dramatischer dargestellt als in der *Kontrollgruppe*.

5 Fazit

Eingangs wurde angesichts des erhöhten Legitimationsbedarfs der Demokratie und insbesondere der Legitimität (der Demokratie) der Europäischen Union die Frage formuliert, welchen Einfluss EU-spezifisches politisches Wissen auf die Legitimitätswahrnehmung der EU hat. Politisches Wissen gilt insbesondere in den normativen Demokratietheorien als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Mit Überlegungen zu mehr Bürgerbeteiligung nimmt diese

¹⁶ Die hohe Legitimität, die die *Kontrollgruppe* dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof zu t_1 zuspricht, wird in der Literatur als Demokratie-Paradoxon (Zürn 2011b, S. 625) diskutiert. Das Demokratie-Paradoxon besteht darin, dass nicht ursprünglich demokratisch legitimierte Institutionen an Bedeutung gewinnen, während die demokratischen Kerninstitutionen ihre Hegemonieposition einbüßen (Zürn 2011b, S. 604). Die erhobenen Repertory Grid-Daten lassen in diesem Zusammenhang zwei Beobachtungen zu. Die erste Beobachtung ist, dass die *Kontrollgruppe* den nicht-majoritären Institutionen wesentlich mehr Legitimität zuspricht, als es die Befragten der *EU-Gruppe* tun. Sehr wahrscheinlich verfügten die Befragten der *EU-Gruppe* insgesamt bereits während des ersten Befragungszeitpunkts über mehr politisches Wissen als die Befragten der *Kontrollgruppe*, da es sich um fortgeschrittenere BA-Studierende handelte, während es sich bei der *Kontrollgruppe* zum Zeitpunkt der ersten Befragung um Studienanfängerinnen und -anfänger handelte. Die zweite Beobachtung ist, dass eben jene nicht-majoritären Institutionen während der zweiten Befragung in den Augen der *Kontrollgruppe* an Legitimität einbüßten. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass es einen Zusammenhang zwischen dem viel diskutierten Legitimitätsgewinn nicht-majoritärer Institutionen und dem Level des politischen Wissens von Bürgerinnen und Bürgern gibt. Die Vermutung dieses Zusammenhangs müsste jedoch in anderen Studien geprüft werden.

Bedeutung nochmals zu. Auch Legitimität, im Kontext von Systemzufriedenheit und -unterstützung stellt eine Voraussetzung für das Überleben von (demokratischen) politischen Systemen dar (Pickel und Pickel 2006). Legitimität wurde in diesem Beitrag als die Übereinstimmung normativer Standards mit der tatsächlich wahrgenommenen Herrschaftsordnung definiert (Easton 1965).

Da es sich bei der Untersuchung vom Zusammenhang von EU-spezifischem politischen Wissen und Legitimität um ein kaum erforschtes Feld handelt, wurden in diesem Beitrag erste Hypothesen zur weiteren empirischen Überprüfung mittels einer explorativen Studie mit Repertory Grid entwickelt. In einem quasi-experimentellen Design, in dem zwei Gruppen von Studierenden zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten (t_1 und t_3) zu ihrer Wahrnehmung der Legitimität der EU befragt wurden, hat dieser Beitrag den Einfluss von EU-spezifischem politischen Wissen auf die Legitimitätswahrnehmung der EU in einer Vorstudie getestet. Eine Gruppe Studierender mit Lehrveranstaltungen mit explizitem EU-Bezug (X) wurden zu Beginn (t_1) und zum Ende (t_3) der Vorlesungszeit befragt. Dieser Gruppe wurde eine *Kontrollgruppe* gegenübergestellt, die in dem Semester ausschließlich eine Einführungsveranstaltung in die Politikwissenschaft besuchte, in der die EU zudem nicht thematisiert wurde. Das politische Wissen als unabhängige Variable wurde nicht direkt gemessen, sondern in der Logik eines Experiments fand zwischen Zeitpunkt t_1 und t_3 die Vermittlung EU-spezifischen Wissens statt bzw. im Fall der *Kontrollgruppe* fand diese nicht statt. Gemessen wurde mittels des Repertory Grid-Verfahrens lediglich, wie sich zwischen Zeitpunkt t_1 und Zeitpunkt t_3 die Wahrnehmung der Legitimität der EU, als Abhängige Variable, verändert hat (O). Die *Kontrollgruppe* diente der Kontrolle von Störfaktoren.

Folgende Ergebnisse lassen sich aus den Beobachtungen (O) zu beiden Befragungszeitpunkten ableiten, die in Form von Hypothesen in künftiger Forschung überprüft werden sollten:

1. Mit zunehmendem EU-spezifischen politischen Wissen (X) sank die Legitimitätswahrnehmung der EU. Dieser Negativzusammenhang zeigte sich aber nicht nur für die europäischen, sondern auch für die nationalen Institutionen.
2. Mit der angenommenen Zunahme von EU-spezifischem Wissen durch das *Treatment* (X) stieg die Bedeutung der demokratisch legitimierten Kerninstitutionen in der Wahrnehmung der Befragten (O) gegenüber allen anderen Institutionen an. Außerdem wurde Legitimität nach dem *Treatment* (X) explizit mit repräsentativ-demokratischen Attributen in Verbindung gebracht.

Entgegen der Annahme, dass politisches Wissen zu positiveren Einstellungen gegenüber der EU führe (Sinnot 2000; Oberle und Forstmann 2015), hat die vorliegende Studie keine Hinweise auf einen positiven Effekt gefunden. Stattdessen haben sich jene Hinweise verstärkt, dass EU-spezifisches politisches Wissen vielmehr einen negativen Einfluss auf die Legitimitätswahrnehmung der EU zu haben scheint. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen für demokratische Systeme normativ unerwünschten Effekt. Denn analog den Überlegungen zu *critical citizens* (Norris 1999) oder *Euroskeptizismus* (Weßels 2009) hat sich insbesondere in den Daten zu den euklidischen Distanzen (Abb. 4, 5, 6 und 7 und Tab. 2, 3, 4 und 5) gezeigt, dass die Bedeutung der demokratisch legitimierten Kerninstitutionen zugenommen hat.

Innerhalb des Negativtrends haben nämlich jene Institutionen, die dem Wählerwillen unterliegen, weniger Legitimität in der Wahrnehmung der Befragten eingebüßt, als die nicht-majoritären Institutionen. Die Analyse des normativen Standards von Legitimität (Abb. 2) hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass mit zunehmendem EU-spezifischem politischem Wissen diese Standards stärker durch repräsentativ-demokratische Werte und Normen geprägt sind. Und diesen verstärkt durch demokratische Werte und Normen geprägten Vorstellungen von legitimer Herrschaft haben weder das politische System der Bundesrepublik Deutschland und noch viel weniger die Europäische Union mit zunehmendem EU-spezifischem politischem Wissen standhalten können. Mehr EU-spezifisches politisches Wissen scheint also durchaus die Skepsis oder sogar Kritik der Befragten an der EU zu befördern, gleichzeitig wird jedoch, so scheint es, die generelle Unterstützung für die Demokratie an sich gestärkt. Außerdem gibt es in der *Kontrollgruppe* Hinweise dafür, dass politisches (nicht notwendigerweise EU-spezifisches) Wissen zu einer klareren Differenzierung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene befähigt. Inwiefern mit weniger EU-spezifischem politischem Wissen tatsächlich von einem Rückgriff auf nationale Heuristiken zur Beurteilung der Legitimität der EU ausgegangen werden kann, der mit zunehmendem EU-spezifischem politischen Wissen abnimmt, muss jedoch in zukünftiger Forschung untersucht werden.

Grenzen des vorliegenden quasi-experimentellen Untersuchungsdesigns liegen in der Problematik, Einfluss- bzw. Störfaktoren jenseits der Seminare kontrollieren zu können. Die interne Validität quasi-experimenteller Designs ist eingeschränkt dadurch, dass nicht alle Störfaktoren kontrolliert werden können und Veränderungen in der Abhängigen Variable nicht ausschließlich auf das *Treatment* der Unabhängigen Variable zurückzuführen sind (Jäckle 2015, S. 22). Es ist zum einen nicht auszuschließen, dass sich die Befragten der *Kontrollgruppe* mit Studienbeginn, jenseits der Lehrveranstaltung, verstärkt mit EU-Themen beschäftigt haben. Zum anderen ist es auch nicht möglich, den Einfluss von politischen Ereignissen während des Untersuchungszeitraums auf die Wahrnehmung der Befragten zu isolieren. Die Ergebnisse geben jedoch Hinweise für zukünftige Forschung mit beispielsweise einem klassischen experimentellen Design. Auch externe Validität und damit die Generalisierbarkeit der Ergebnisse ist mit der vorliegenden Studie nicht gegeben, da die Auswahl der Probanden nicht repräsentativ ist und die Probandenzahl zu gering. Das quasi-experimentelle Design der Studie mit Studierenden der Politikwissenschaft könnte in einer zukünftigen experimentellen Studie auf andere Studierendengruppen übertragen werden oder sogar mit einer repräsentativen Stichprobe der Gesamtbevölkerung durchgeführt werden.

Mit Hilfe von Repertory Grid ist es möglich, gemäß dem Anspruch der empirischen Legitimitätsforschung, Legitimität nicht bloß im Sinne von Herrschaftsanerkennung zu messen, sondern zu beurteilen, inwiefern eine Übereinstimmung der normativen Standards der Bürger (durch die Bürger selbst) mit der vorliegenden politischen Ordnung besteht (Ferrín und Kriesi 2016). Über die Charakterisierung des *Legitimsten Entscheidungsträgers (Ideal)* macht Repertory Grid die Idealvorstellungen von Legitimität, also die normativen Standards der Befragten, zugänglich. Dass die vorliegende Studie dank Repertory Grid die normativen Standards von Legitimität, die die Befragten anlegen, sichtbar macht, ist ein klarer Vorteil gegenüber

klassischen Surveyfragen. Durch die Anordnung der Institutionen auf der Basis dieser normativen Standards drücken die Befragten den Grad der Übereinstimmung der vorliegenden politischen Ordnung mit ihren Idealvorstellungen von Legitimität aus. Da das Interview unmittelbar in den Bewertungskontext der Befragten eingebettet ist und damit Einsicht in die Komplexität der individuellen Bewertungssysteme der Befragten möglich wird und die subjektiven Bewertungen der Befragten auf jeweils ihren eigenen Evaluations- bzw. Ranking-Konstrukten basieren, kann mit Repertory Grid dem grundsätzlichen Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, abstrakte Konzepte wie Legitimität so zu konzeptualisieren und zu operationalisieren, dass die Ergebnisse sowohl statistisch als auch qualitativ robust sind (Gilley 2006, S. 500)¹⁷ eine methodisch innovative Lösung entgegenstellt werden.

Grenzen setzt der Repertory-Grid Methode allgemein ein relativ hoher Zeit- und Kostenaufwand, verglichen mit standardisierten Verfahren. Onlineanwendungen des Befragungstools bieten hier möglicherweise einen Ausweg. Die Analyse von wenigen besonderen Fällen wäre jedoch auf jeden Fall denkbar. In der Logik eines *nested-analysis*-Ansatzes (Liebermann 2005) böten sich beispielsweise die Untersuchung eines Einzelfalls, ein Vergleich von typischen Fällen einer Large-*N* Analyse und Ausreißern oder die Untersuchung einzelner Befragtengruppen aus einer Large-*N* Analyse von besonderer Relevanz in Bezug auf die jeweilige Forschungsfrage, z. B. die politischen Eliten eines oder mehrerer Länder, an.

Über die Ähnlichkeits- und Differenzassoziationen im Repertory Grid-Interview können Wissen und kognitive Kompetenzen der Befragten möglicherweise genauer erhoben werden als mit der direkten Abfrage von (politischem) Wissen, da Repertory Grid durch sein spezielles Design beispielsweise echte „weiß nicht“-Antworten, Antwortverweigerung und das Erraten der Antworten minimiert und insbesondere durch seinen assoziativen Charakter auch verstecktes Wissen der Befragten anspricht. Die Anwendung von Repertory Grid zur Erhebung von politischem Wissen als Abhängige Variable ist ein vielversprechender Versuch für zukünftige Forschung (Hemmecke 2012).

Danksagung Einen herzlichen Dank den anonymen Gutachtern für Ihre Anregungen und Kommentare.

Literatur

- Barabas, Jason, Jennifer Jerit, William Pollock, und Carlisle Rainey. 2017. The Question(s) of Political Knowledge. *American Political Science Review* 108(4):840–855.
- Buchstein, Hubertus. 1996. Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, Hrsg. Klaus von Beyme, Claus Offe, 295–324. Wiesbaden: VS.
- Bücker, Nicola, und Tuuli-Marja Kleiner. 2014. Cues oder Performanz? In *Europa, europäische Integration und Eurokrise*, Hrsg. Markus Steinbrecher, Evelyn Bytzek, Ulrich Rosar, und Sigrid Roßteutscher, 5–33. Wiesbaden: Springer VS. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*.

¹⁷ Easton (1965, S. 169) äußerte sich dazu bereits in den 1960ern pessimistisch: „This is a large order, one that would require considerable ingenuity to execute adequately“. King et al. (1994, S. 110) warnten sogar davor, den Versuch zu unternehmen, empirische Belege für abstrakte, unmessbare und unbeobachtbare Konzepte finden zu wollen oder mit den Worten Huntingtons (1991, S. 46), der, konkret auf Legitimität bezugnehmend, schrieb „legitimacy (is) a mushy concept that political analyst do well to avoid“.

- Catina, Ana, und Gustel M. Schmitt. 1993. Die Theorie der persönlichen Konstrukte. In *Grundlagen und Methoden* Einführung in die Repertory Grid-Technik, Bd. 1, Hrsg. Ana Catina, Jörn Scheer, 11–23. Bern: Huber.
- Chardon, Matthias. 2008. Mehr Transparenz und Demokratie – Die Rolle nationaler Parlamente nach dem Vertrag von Lissabon. In *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union*, Hrsg. Werner Weidenfeld, 171–185. Baden-Baden: Nomos.
- Dahl, Robert. 1971. *Polyarchy. Participation and opposition*. New Haven, London: Yale University Press.
- Delli Carpini, Michael X., und Scott Keeter. 1996. *What americans know about politics and why it matters*. New Haven, London: Yale University Press.
- Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ercan, Selen A., und Jean Paul Gagnon. 2014. The crisis of democracy. *Democratic Theory* 1(2):1–10.
- Ferrín, Monica, und Hanspeter Kriesi. 2016. Introduction: Democracy—the European verdict. In *How europeans view democracy*, Hrsg. Monica Ferrín, Hanspeter Kriesi, 1–20. Oxford: Oxford University Press.
- Fromm, Martin. 2002. Was sind Repertory Grid Methoden? In *Qualitative Forschung*, Hrsg. Eckhard König, Peter Zedler, 195–211. Weinheim: Beltz.
- Fromm, Martin. 2004. *The repertory grid interview*. Münster: Waxmann.
- Fuchs, Dieter. 2000. Demos und Nation in der Europäischen Union. In *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt, 215–236. Berlin: Sigma.
- Galston, William A. 2001. Political knowledge, political engagement, and civic education. *Annual Review of Political Science* 4:217–234.
- Gilens, Martin. 2001. Political ignorance and collective policy preferences. *The American Political Science Review* 95(2):379–396.
- Gilley, Bruce. 2006. The meaning and measure of state legitimacy: Results for 72 countries. *European Journal of Political Research* 45:499–525.
- Green, Donald P., Peter M. Aronow, Daniel E. Bergan, Pamela Greene, Celia Paris, und Beth I. Weinberger. 2011. Does knowledge of constitutional principles increase support for civil liberties? Results from a randomized field experiment. *The Journal of Politics* 73(2):463–476.
- Grimm, Dieter. 2004. Integration durch Verfassung. Absichten und Aussichten im europäischen Konstitutionalisierungprozess. *Leviathan* 32:448–463.
- Ham, Carolien van, Jacques Thomassen, Aarts Kees, und Rudy Andeweg, Hrsg. 2017. *Myth and Reality of the Legitimacy Crisis: Explaining Trends and Cross-National Differences in Established Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Hemmecke, Jeanette. 2012. *Repertory Grids als Methode zum Explizieren implizierten Wissens in Organisationen: Ein Beitrag zur Methodenentwicklung im Wissensmanagement*. Wien: Universität Wien. Dissertation. <http://othes.univie.ac.at/27576/>. (7.8.2018).
- Hobolt, Sara Binzer. 2007. Taking Cues on Europe? Voter competence and party endorsements in referendums on European integration. *European Journal of Political Research* 46:151–182.
- Huber, Sascha, Thomas Gschwend, Michael F. Meffert, und Franz U. Pappi. 2009. Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, und Bernhard Wessels, 561–584. Wiesbaden: VS.
- Huntington, Samuel. 1991. *The third wave: Democratization in the late twentieth century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Jäckle, Sebastian. 2015. Experimente. In *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign*, Hrsg. Achim Hildebrandt, Sebastian Jäckle, Frieder Wolf, und Andreas Heindl, 13–35. Wiesbaden: Springer VS.
- Jankowicz, Devi. 2004. *The Easy Guide to Repertory Grids*. Chichester: Wiley.
- Karp, Jeffrey A. 2006. Political knowledge about electoral rules: Comparing mixed member proportional systems in Germany and New Zealand. *Electoral Studies* 25:714–730.
- Karp, Jeffrey A., und Shaun Bowler. 2003. To know it is to love it? Satisfaction with democracy in the European union? *Comparative Political Studies* 36(3):271–292.
- Kelly, Georg A. 1955. *The psychology of personal constructs*. New York: Norton.
- King, Gary, Robert O. Keohane, und Sidney Verba. 1994. *Designing social inquiry: Scientific inference in qualitative research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kraus, Peter A. 2004. Die Begründung demokratischer Politik in Europa. Zur Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation bei Fritz W. Scharpf. *Leviathan* 32:558–567.
- Kriesi, Hanspeter. 2013. Democratic legitimacy: Is there a legitimacy crisis in contemporary politics? *Politische Vierteljahresschrift* 54(4):609–638.

- Lazarsfeld, Paul F., und Neil W. Henry. 1968. *Latent structure analysis*. Boston: Houghton Mifflin Co.
- LeCompte, Margaret D., und J.P. Goetz. 1982. Ethnographic data collection and analysis in evaluation research. *Educational Evaluation and Policy Analysis* 4(3):387–400. <https://doi.org/10.3102/01623737004003387>.
- Liebermann, Evan S. 2005. Nested analysis as a mixed-methods strategy for comparative research. *American Political Science Review* 99(3):435–452.
- Luskin, Robert C., und John G. Bullock. 2011. „don't know“ means „don't know“: DK responses and the public's level of political knowledge. *The Journal of Politics* 73(2):547–557.
- Maier, Jürgen. 2000. Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel, und Hans Rattinger, 141–171. Opladen: Leske + Budrich.
- Maier, Jürgen, und Severin Bathelt. 2013. Unbekanntes Europa? Eine vergleichende Analyse zu Verteilung und Determinanten von Kenntnissen über die Europäische Union. In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung*, Hrsg. Silke I. Keil, Isabell S. Thaidigsmann, 413–434. Wiesbaden: Springer VS.
- Majone, Giandomenico. 1998. Europe's 'democratic deficit'. The question of standards. *European Law Journal* 4(1):5–28.
- McDonald, Robert M.S. (Hrsg.). 2012. *Light & liberty. Thomas Jefferson and the power of knowledge*. Charlottesville, London: University of Virginia Press.
- Merkel, Wolfgang. 2014. Is there a crisis of democracy? *Democratic Theory* 1(2):11–25.
- Norris, Pippa. 1999. *Critical citizens: Global support for democratic government*. Oxford: Oxford University Press.
- Oberle, Monika. 2012. *Politisches Wissen über die Europäische Union. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Oberle, Monika, und Johanna Forstmann. 2015. Effekte des Fachunterrichts ‚Politik und Wirtschaft‘ auf EU-bezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. In *Empirische Forschung in gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Ergebnisse und Perspektiven*, Hrsg. Georg Weißeno, Carla Schelle, 67–81. Wiesbaden: Springer.
- Osterberg-Kaufmann, Norma. 2014. Die Wahrnehmung zur Legitimität in der EU: Kongruenz oder Inkongruenz der politischen Kultur von Eliten und Bürgern? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8(2 Supplement):143–176.
- Osterberg-Kaufmann, Norma. i.E. Legitimitätswahrnehmung in der EU und Repertory Grid. In *Legitimation und Legitimität in vergleichender Perspektive*, Hrsg. Claudia Wiesner, Phillip Harfst. Wiesbaden: Springer VS.
- Pannico, Roberto. 2017. Is the European Union too complicated? Citizens' lack of information and party cue effectiveness. *European Union Politics* 18(3):424–446.
- Patberg, Markus. 2013. Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung: Eine Replik auf Michael Zürn's Gastbeitrag in der PVS 4/2011. *Politische Vierteljahresschrift* 54:155–172.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rapeli, Lauri. 2014. Comparing local, national and EU-knowledge: The ignorant public reassessed. *Scandinavian Political Studies* 37(4):428–446.
- Rosenberger, Matthias, und Matthias Freitag. 2009. Repertory grind. In *Handbuch Methoden der Organisationsforschung*, Hrsg. Stefan Kühlborn, Petra Strodtzholz, und Andreas Taffertshofer, 477–496. Wiesbaden: Springer VS.
- Sartori, Giovanni. 1997. *Demokratiethorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schäfer, Armin. 2006. Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union. *Leviathan* 34(3):350–376.
- Scharpf, Fritz. 1999. *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/Main: Campus.
- Scharpf, Fritz. 2009. Legitimität im europäischen Mehrebenensystem. *Leviathan* 37:244–280.
- Schmidt, Vivian A. 2013. Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and 'Throughput'. *Political Studies* 61:2–22.
- Schmitt, Lars H. 2003. Vertrauenskrise in der EU? Ausmaß, Struktur und Determinanten des Vertrauens in die zentralen Institutionen der EU unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Parlaments. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Seth und Edeltraud Roller, 57–82. Opladen: Leske+Budrich.
- Schneider, Steffen, und Achim Hurrelmann. 2015. *The Legitimacy of regional Integration in Europe and the Americas*. London: Palgrave Macmillan.

- Schumpeter, Joseph Alois. 1987. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Uni-Taschenbücher.
- Shadish, William R., Thomas D. Cook, und Donald T. Campbell. 2001. *Experimental and quasi-experimental designs for generalized causal inferences*. Boston, New York: Houghton Mifflin Company.
- Sinnott, Richard. 2000. Knowledge and the position of attitudes to a European foreign policy on the real-to-random continuum. *International Journal of Public Opinion Research* 12(2):113–137.
- Vollmar, Meike. 2012. *König, Bürgermeister, Bundeskanzler? Politisches Wissen von Grundschulern und die Relevanz familiärer und schulischer Ressourcen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, Sandra. 2003. Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth, und Edeltraud Roller, 303–333. Opladen: Leske + Budrich.
- Weber, Max. 1992. *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*, 6. Aufl., Stuttgart: Alfred Kröner.
- Weißels, Bernhard. 2009. Spielarten des Euroskeptizismus. In *Die Verfassung Europas*, Hrsg. Frank Decker, Marcus Höreth, 50–68. Wiesbaden: VS.
- Westle, Bettina. 2005. Politisches Wissen und Wahlen. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, und Bernhard Wessels, 484–512. Opladen: Leske + Budrich.
- Westle, Bettina. 2009. Politisches Wissen als Grundlage der Entscheidungen bei der Bundestagswahl 2005. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermeyer, und Bettina Westle, 366–398. Wiesbaden: VS.
- Westle, Bettina. 2015. Wissen um die Direktwahl des Europäischen Parlaments – eine Frage des Alters? Deutsche im westeuropäischen Vergleich. In *Die Europäische Union erfolgreich vermitteln*, Hrsg. Monika Obere, 39–63. Wiesbaden: Springer VS.
- Westle, Bettina, und David Johann. 2010. Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In *Information – Wahrnehmung – Emotion*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer, und Sigrid Roßteutscher, 353–374. Wiesbaden: VS.
- Wiesner, Claudia. i.E. Die diskursive Legitimation der europäischen Integration in vergleichender Perspektive. In *Legitimation und Legitimität in vergleichender Perspektive*, Hrsg. Claudia Wiesner, Phillip Harfst. Wiesbaden: Springer VS.
- Zaller, John. 1992. *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zürn, Michael. 2011a. Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6:63–74.
- Zürn, Michael. 2011b. Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. *Politische Vierteljahresschrift* 52:603–635.
- Zürn, Michael. 2013. „Critical Citizens“ oder „Critical Decisions“ – Eine Erwiderung. *Politische Vierteljahresschrift* 54(1):173–185.